



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1920

559 (9.12.1920) Mittags-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-194754](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-194754)

Mannheimer General-Anzeiger

Bezugspreis: In Mannheim a. S. monatlich 1.20 M., vierteljährlich 3.50 M., halbjährlich 6.50 M., jährlich 12.00 M. (Postgebühren). Einmalige Anzeigen nach Vereinbarung. Druck-Abnehmer: General-Anzeiger Mannheim.

Badiische Neueste Nachrichten

Anzeigenpreis: 1 Linie, 10 Zeilen, 1 Tag, 20 M., 5 Tage, 35 M., 10 Tage, 50 M., 1 Monat, 75 M., 3 Monate, 100 M., 6 Monate, 125 M., 1 Jahr, 150 M. (Postgebühren). Einmalige Anzeigen nach Vereinbarung. Druck-Abnehmer: General-Anzeiger Mannheim.

Die Einladung nach Brüssel.

Berlin, 8. Dez. (WB.) Amtlich. Das Reichskabinett hat sich mit den Vorarbeiten für die Brüsseler Sachverständigenkonferenz beschäftigt und dabei die Voraussetzungen erörtert, unter denen die Einsetzung von deutschen Sachverständigen erfolgen würde. Eine der wesentlichsten Voraussetzungen für die Annahme der Einladung würde die sein, daß die Verhandlungen der Sachverständigen in Brüssel nur die als Vorarbeiten für die in Aussicht gestellte Konferenz bevollmächtigten Regierungsvorsteher in Genf zu gelten haben würden.

Berlin, 8. Dez. (WB.) Amtlich. Die deutsche Friedensdelegation ist beauftragt worden, als Antwort auf die Einladung nach Brüssel der französischen Regierung folgende Note zu übergeben:

Im Auftrage der deutschen Regierung beehre ich mich, Eure Excellenz den Empfang der Note vom 5. Dezember d. J. wegen der Zusammenkunft technischer Sachverständiger in Brüssel zu bestätigen. Die deutsche Regierung hat davon Kenntnis genommen, daß diese Zusammenkunft die Frage der von Deutschland nach dem Friedensvertrage geschuldeten Reparationen vorbereitend prüfen soll. Die deutsche Regierung wird den Staatssekretär Bergmann und Karl Friedrich v. Siemens als ihre Delegierten zu der Zusammenkunft entsenden. Sie geht dabei von der Voraussetzung aus, daß durch die Zusammenkunft in Brüssel an der Konferenz, die in der Schlichtung der Konferenz von Spa zur Klärung der von Deutschland in der Reparationsfrage gemachten Vorschläge vereinbart worden ist, nichts geändert wird. Herr Bergmann ist zurzeit noch in Paris durch dringende Verhandlungen in Anspruch genommen. Die deutsche Regierung muß aber Wert darauf legen, mit ihm noch vor der Brüsseler Zusammenkunft eine Besprechung in Berlin abzuhalten. Da dies nicht vor Anfang nächster Woche möglich sein wird, werden die deutschen Sachverständigen nicht vor dem 16. Dezember in Brüssel sein können. Die deutsche Regierung wäre für die Mitteilung der Namen der von den alliierten Regierungen beauftragten Sachverständigen dankbar. Genehmigen Sie usw.

Berlin, 8. Dez. (WB.) Amtlich. Wie wir erfahren, werden als sachverständige Delegierte der deutschen Regierung an den Verhandlungen über die Reparationsfrage in Brüssel Staatssekretär Bergmann und Karl Friedrich v. Siemens teilnehmen. Die Reichsregierung hat weiter an folgende Persönlichkeiten die Auforderung ergeben lassen, sich zur Beratung der Delegierten für die Dauer der Konferenz nach Brüssel zu begeben: Generaldirektor Cuno, Generaldirektor Böcker, Reichsanwaltpräsident Havenstein, Herr Ernst Reicher, Direktor v. Strauß, bayerischer Staatsminister v. Reinl, Geh. Oberregierungsrat Fritzsche, Professor Bonn, sowie einen Vertreter des allgemeinen Gewerkschaftsbundes.

Die Abstimmung in Oberschlesien.

Stuttgart, 8. Dez. (WB.) Staatssekretär Hieber hielt bei Gelegenheit eines Konzertes des Reichsvereins Gesangvereins aus Kattowich eine Ansprache, worin er dem Vorschlag der Entente, die Abstimmung über Oberschlesien zu trennen, scharf entgegen trat. Der Staatssekretär betonte, daß die deutsche Regierung, wenn sie auf dem Versailles Vertrag schlesien Recht beharre, die gesamte Bevölkerung hinter sich habe. Der Abstimmung könne mit Zuversicht entgegen gesehen werden. Es werde ein deutscher Sieg sein.

München, 8. Dez. (Priv.-Tel.) In einer Versammlung der Bayerischen Mittelpartei (Deutschnationalen Volkspartei) in Bayern wurde folgende Entschliessung gefaßt: Der neue Reichsrat der Entente, durch den die in Deutschland lebenden Oberschlesier zu Wählern zweiter Klasse herabgesetzt werden und außerdem eine technisch undurchführbare Wahlordnung getroffen wird, bedeutet eine neue Vergewaltigung des deutschen Volkes, die noch über die Bestimmungen des Friedensvertrages hinausgeht. Wir verlangen von der Reichsregierung, daß sie diese neuen Forderungen der Entente unter allen Umständen einmütig ablehnt im Interesse unserer gesamten Oberschlesier und damit unseres ganzen deutschen Volkes.

Köln, 8. Dez. (WB.) Die „Köln. Ztg.“ wendet sich gegen die wenigen deutschen Blätter, die den Vorschlag des Verbandes über die oberschlesische Abstimmung als annehmbar begrüßen haben, was offenbar einen Rang an Urteilskraft beweist. Das Blatt fragt: Wer gibt die Gewähr dafür, daß die Interalliierte Kommission und der Oberste Rat auf Grund der abgelehnten Abstimmungsergebnisse wirklich eine Entscheidung zugunsten Deutschlands fällen? Bisher wurde keine einzige litigöse Frage in unserem Sinne entschieden. Man beschränkt sich nur an Cuxen und Walsby, die Abgrenzung des Saargebietes usw. Ausschlaggebend ist der Friedensvertrag, nach dem noch andere bedeutsame Momente gegen eine geneigte Abstimmung.

Die Kattowicher Sänger in München.

München, 8. Dez. (Priv.-Tel.) Die oberschlesischen Sänger sind gestern nachmittag gegen 2 Uhr in eine große Menschenmenge erwartet. Gegenstand der feierlichen Anteilnahme der Bevölkerung, die durch endlose Menschen auf der Straße ihre Sympathie zu erkennen gab, waren die Sängerinnen und Sänger mit Rüst zum Marsch geleitet. Dr. Wagner, der Vorsitzende der Vereinigten Kattowicher Sänger, begrüßte die Gäste mit herzlichem Worten. Die in München lebenden 600 Kattowicher bitten der Heimat zu sagen, daß sie in Treue zu ihr halten und daß sie den Tag festbeziehen, an dem sie mit ihren Brüdern in der Heimat und nirgends anders an die

Urne zur Abstimmung treten können und darum wird und muß es uns gelingen, Oberschlesien deutsch zu erhalten. Ein dreifaches Glück auf Oberschlesien, das brausenden Wiederhall fand, schloß die Rede. Im Namen der Oberschlesier dankte der langjährige erste Vorsitzende des Gesangvereins Sanitätsrat Dr. Ehrenfried in Kattowich. Ueberall in Deutschland seien sie bis jetzt freundlich aufgenommen worden und je weiter sie kommen, desto schöner werde es. Das sei ein Zeichen, daß man überall in Deutschland mit den Oberschlesiern sympathisiere. Der Redner schloß: „Oberschlesien wird am Wahltage bereiten, daß es stets deutsch gewesen ist und auch deutsch bleiben wird.“ Das Konzert im Odeon hatte ein fast ausverkauftes Haus. Unter den Besuchern des Abends waren der Ministerpräsident Dr. v. Kaab, der Kultusminister, der Rektor der Universität, der erste Bürgermeister und andere bekannte Persönlichkeiten. Vor Beginn der Programmfolge richtete Staatssekretär Dr. Schweger namens der Regierung herzliche Worte der Begrüßung an die Gäste. Die schlesische Frage ist eine allgemein deutsche, sie kann nicht von einzelnen Lauen gelöst werden. Bayern kann und wird da nicht zurückbleiben. Es hält treu zum Reiche. Polen streckt unterstützt durch die Entente (sein) Hände nach Schlesien aus. Da genügt nicht unser mächdigstes Recht, wir müssen mit der ganzen Macht der Abstimmung dafür eintreten. Unsere Bereitschaft zu wecken zu einheitlichem Denken und Handeln sind die Oberschlesier zu uns gekommen. Dieser Willkommenzug fand freudiger Widerhall. Dann begann das Konzert. Reichlich dankte den Darbringern. Die Stadt wird der Vorstandsschaft aller beteiligten Vereine ein Festessen geben.

Unter der Fremdherrschaft.

Saarbrücken, 8. Dez. (WB.) Staatsrat Kaul, der Präsident der Regierung des Saargebietes, hat den Entschluß gefaßt, einer großen Anzahl von ausgewiesenen Personen die Rückkehr in die saarländische Heimat und den dauernden Aufenthalt dort zu gestatten. Dieser Entschluß bezieht sich jedoch nur auf Personen, die im Saargebiet geboren sind.

c. Koblenz, 8. Dez. (Priv.-Tel.) Durch eine Verordnung der hohen interalliierten Rheinlandkommission ist der § 1 der Reichsverordnung vom 23. Juli 1919 betreffend den Zugang von arbeitsfähigen Personen und Flüchtlingen nicht anwendbar gegenüber den Staatsangehörigen der Mächte, deren Truppen an der Befreiung teilgenommen. Der § 12 der Ausführungsverordnung zum Gesetz über die Bildung einer vorläufigen Reichswehr findet auf die Einwohner der befreiten Gebiete keine Anwendung.

c. Koblenz, 8. Dez. (Priv.-Tel.) Die interalliierte Rheinlandkommission veröffentlicht eine weitere Verordnung betreffend Streitigkeiten über das gewerbliche Arbeitsverhältnis. Die Kommission befähigt sich unter anderem vor, in besonderen Fällen Ausstände in Unternehmen und Betrieben zu verbieten, insbesondere wenn diese die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und die Sicherheit der Befehlstruppen gefährden.

Mit. Neuenahr, 8. Dez. (Pr.-Tel.) Der Schutzverband der Baderorte des besetzten Gebietes hatte sich an das auswärtige Amt in Berlin gewandt, um zu erreichen, daß durch Verhandlungen mit der interalliierten Kommission eine Aufhebung der Besetzung der Baderorte erwirkt würde. Das auswärtige Amt hat darauf geantwortet: Die außerordentlich starke Belagerung der Kur- und Baderorte des besetzten Gebietes sei bereits früher zum Gegenstand von diplomatischen Schritten bei der Friedenskonferenz in Paris geworden, die Friedenskonferenz jedoch habe noch keine Stellung zu den deutschen Einwendungen genommen. Die Angelegenheit wird aber ins Auge gefaßt.

M.T.B. Mainz, 8. Dez. (Priv.-Tel.) Das französische Militärpolizeigericht verurteilte die Ehefrau eines französischen Staatsangehörigen wegen Beleidigung Frankreichs zur höchstzulässigen Geldstrafe von 3000 Mark, weil sie dem Dienstmädchen einer bei ihr einquartierten französischen Offiziersfamilie gegenüber geäußert hatte, sie solle sich schämen als deutsches Mädchen bei Franzosen Dienste zu leisten.

König Konstantins Heimkehr.

c. Bielefeld, 8. Dez. (Priv.-Tel.) Die Athener Zeitung „Patri“ berichtet: Vor dem französischen und englischen Konsulat fanden am Dienstag Kundgebungen gegen die Einmischung der alliierten Regierungen in die Angelegenheit der Rückkehr Konstantins nach Athen statt. Beide Konsulate werden augenblicklich militärisch bewacht und in weitem Umkreis abgesperrt.

c. Jürch, 8. Dez. (Priv.-Tel.) Der „Secolo“ meldet aus Athen: Hier kam es im Anschluß an die Bekanntgabe der Volksabstimmung zu ententefeindlichen Kundgebungen. Offiziere der alliierten Mächte wurden belästigt. Man hört allgemein, daß der Ausbruch einer Revolution zu befürchten sei, falls König Konstantin, trotz des ausdrücklichen Volkswillens, lediglich wegen der Drohung fremder Mächte seine Rückkehr hinauschiebt oder gar aufgibt.

Athen, 8. Dez. (Havas.) Der griechische Thronfolger wartet in Konstantinopel die Ankunft eines griechischen Torpedobootes ab, das ihn nach dem Piräus bringen soll.

Die Wahl des Bundespräsidenten.

Wien, 8. Dez. (WB.) Heute vormittag trat die Bundesversammlung zur Wahl des Bundespräsidenten der Republik Deutsch-Oesterreich zusammen: Die Christlich-Sozialen und die Großdeutschen stimmten für ihren Parteikandidaten. Der Christlichsozialer Kandidat Kienbeck erhielt 103, der Sozialdemokrat Seig 85 und der Großdeutsche Dinghofer 27 Stimmen. Da trotz der drei Wahlgänge kein Kandidat die absolute Stimmenmehrheit erhielt, wurde die Sitzung bis 8 Uhr abends unterbrochen, um 6.10 Uhr wurde die Sitzung wieder eröffnet. Im vierten Wahlgang wurden 219 Stimmen abgegeben, von denen 217 gültig waren. Die absolute Stimmenmehrheit betrug 110 Stimmen. Kienbeck erhielt 103 Stimmen, auf Seig entfielen 85 Stimmen und auf Dinghofer 30 Stimmen. Präsident Weiskirchner unterbrach hierauf die

Sitzung auf eine halbe Stunde und lud die Parteien zu neuen Verhandlungen ein. Der fünfte Wahlgang ergab ungefähr das gleiche Ergebnis wie die vorhergegangenen Wahlgänge. Nachdem die hierauf wiederum aufgenommenen Verhandlungen zwischen den Parteien abermals ergebnislos verlaufen waren, wurde die Sitzung vertagt.

Zwiespalt in der Demokratischen Partei.

München, 9. Dez. (Pr.-Tel.) Die sehr stark besetzte Vertreterversammlung des deutschdemokratischen Kreisverbandes München hat am Dienstag abend Stellung zu den bei dem Münchberger Parteitag eingebrachten Anträgen genommen. Der von Frankfurt ausgehende Antrag, die Demokratische Partei solle sich zur republikanischen Staatsform bekennen, fand allseitige Ablehnung. Die Vertreterversammlung stellte sich auf den Standpunkt, daß die Frage „Republik oder Monarchie“ keine grundsätzliche für die Partei sei, sondern eine reine Ermessungsfrage. Es müsse dem Einzelnen überlassen bleiben, welche Staatsform er für die bessere halte. Einstimmig war die Versammlung auch der Auffassung, daß die Aufrollung dieser Frage im gegenwärtigen Augenblick zum Schaden für das ganze Reich und Volk gereichen müsse.

Bei der Erörterung der Frage der Verschmelzung der Demokratischen Partei mit der Deutschen Volkspartei wurde daran erinnert, daß Bayern von jeher das Land der liberalen Arbeitsgemeinschaft gewesen sei. Die Demokratische Partei habe keinerlei Veranlassung in dieser Frage irgendwelche zu drängen. Man müßte vielmehr diese Dinge ausreifen lassen. Im übrigen wäre es im Interesse des freiheitlichen Bürgertums nur zu wünschen, daß alle auf dem Boden der liberalen und demokratischen Weltanschauung stehenden Parteien und Bevölkerungsteile sich mehr und mehr gegen die sozialistische oder andere Reaktion zusammenschließen. Eine solche Partei hätte eine große und dankbare Aufgabe für den Wiederaufbau des deutschen Vaterlandes. Ein Antrag auf Schaffung eines demokratischen Kommunalprogramms für Deutschland fand nur in der Form Zustimmung, daß durch eine Kommission gemeinsame Richtlinien für die demokratischen Gemeindevertretungen festgelegt werden sollen. Einzelheiten festzulegen wäre verfehlt.

Die Beamtenforderungen.

Eine kritische Lage.

Bis gestern abend war in dem Streit um die Beamten-Teuerungszuschläge noch keine Einigung der Fraktionen erzielt. Die Deutschnationalen wie die Mehrheitssozialisten bestanden bis dahin darauf, ihren Antrag, der über die Vorschläge der Regierung hinausgeht, in der heutigen Reichstags-sitzung einzubringen. Die Regierung ließ nun in letzter Stunde durch die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ mitteilen, daß wenn der Reichstag den Vorschlag der Deutschnationalen und der Sozialdemokratie annehme, sie gezwungen sei, hierzu Stellung zu nehmen und gegebenenfalls die Konsequenzen zu ziehen, wenn sie glaubt, die durch die Bewilligung bedingten Mehrausgaben infolge der Lage der Finanzen des Reiches nicht verantworten zu können. Soeben geht uns nun eine Meldung aus Berlin zu, die besagt, daß die Deutschnationalen wie die Mehrheitssozialdemokraten ihre Vorschläge modifiziert haben. Damit würde Aussicht auf Vermeidung der parlamentarischen Krise sein.

Berlin, 9. Dez. (Von unserem Berliner Büro.) Zu den Beamtenforderungen und dem Zurückweichen von Deutschnationalen und Mehrheitssozialdemokraten von den Beschlüssen des Ausschusses gibt das „Berliner Tageblatt“ von unterrichteter parlamentarischer Seite folgende Darstellung: Die Deutschnationalen hatten im Ausschuss beantragt, den Beamten 10 Prozent Teuerungszuschlag und 80 Prozent Kinderbeihilfe für die Ortsklasse A, 10 Prozent für Ortsklasse B und 60 Prozent für Ortsklasse C zu bewilligen. Sie beabsichtigen, diesen Antrag in der heutigen Sitzung zu wiederholen. Die Regierung steht auf dem Standpunkt, den 10 Prozent Teuerungszuschlag bewilligen zu können. Wird der Antrag der Deutschnationalen heute tatsächlich gestellt, so wird er wahrscheinlich von den Mehrheitssozialdemokraten angenommen. Es ist dann eine Mehrheit für den Antrag gegen die Stimmen der Regierungsparteien vorhanden. Diese haben sich nach wiederholten Besprechungen mit der Regierung, mit deren Zugeständnis, das auch die Billigung des Reichsrates hat und welches weitergeht, als die ursprünglichen Beschlüsse des Hauptausschusses, einverstanden erklärt. Die Deutschnationalen beabsichtigen nun, immer noch der Darstellung des „Berliner Tageblattes“ einen Antrag zu stellen, welcher einen allgemeinen Teuerungszuschlag vorschlägt, die Kinderzulagen aber nicht mehr in der Höhe gewähren will, wie sie von den Regierungsparteien vorgeschlagen worden sind. Die Mehrheitssozialdemokraten wieder beantragen, einen allgemeinen Teuerungszuschlag einzuführen, dafür aber die ursprünglichen, also wesentlich niedrigeren Sätze für die Kinderbeihilfe vorzuschlagen. Inzwischen haben Zentrum und Demokraten einen weiteren Antrag eingebracht, der auch von der Deutschen Volkspartei unterstützt wird und in dem es heißt, daß den Beamten an denselben Orten, welche nach den Ermittlungen des Ortsklassengesetzes in eine höhere Ortsklasse eingestuft werden sollen, die Unterschiedsbeträge, welche sich daraus ergeben, schon jetzt ausgezahlt werden sollen. Das würde eine ziemlich erhebliche Summe ausmachen, auf welche sie nach dem Befolgungsgesetz bereits einen gerechten Anspruch erworben haben.

Berlin 9. Dez. (WB.) Die zwischen dem Eisenbahnerverband und der Reichsregierung eingeleiteten Verhandlungen sind Blättermeldungen zufolge bisher zu Beschlüssen nicht gelangt. Eine Klärung der Verhältnisse dürfte erst in den nächsten Tagen zu erwarten sein.

Berlin, 9. Dez. (Von unserem Berliner Büro.) Der Zentralverband der deutschen Post- und Telegraphenbediensteten, der Deutsche Eisenbahnerverband, der Verband deutscher Post- und Telegraphenhandwerker und der Verband des

bayrischen Post- und Telegraphenpersonal, erlassen, wie wir dem 'Vorwärts' entnehmen, unterm 7. Dezember eine Proklamation gegen die Verfügung des Reichspostministers über den Streik der Beamten und Hilfskräfte. Die angeführten Organisationen sprechen darin von einem ihnen zustehenden Streikrecht.

Karlsruhe, 7. Dez. Der Aktionsausschuss der Postgewerkschaft Karlsruhe schreibt uns: Die in die Presse gelangte Mitteilung, der Aktionsausschuss der Postgewerkschaft Karlsruhe habe vor der Aufgabe zu erklären, die von den Postbeamten und Angestellten in den letzten Tagen ausgeführte postliche Tätigkeit ist nicht richtig, da die Postbeamten keine passive Resistenz ausüben und bis jetzt gar keine ausgeübt haben. Die Karlsruher Postbeamten erheben genau nach den Dienstvorschriften. Wenn genau nach den Dienstvorschriften gearbeitet wird, tritt durch Verlangsamung in der Abwicklung der vorliegenden Arbeit Anhäufung der Briefschaften, Drucksachen, Pakete, Schenküberweisungen usw. ein; letzteres ist auch schon bei den hiesigen Beamten in erheblichem Maße geschehen.

In einer am Sonntag vormittag stattgefundenen großen Postversammlung ist der einstimmige Beschluss gefasst worden, solange genau nach den Dienstvorschriften weiter zu arbeiten, bis die Regierung den Postbeamten das nächste Vierteljahresgehalt schon jetzt auszahlt. Ohne das dies geschehen ist, wollen die Postbeamten keineswegs den Dienst wieder wie vorher versehen, da sie sich in den Hoffnungen, die sie bisher auf die Regierung setzten, schon zu oft betrogen haben.

Karlsruhe, 7. Dez. Der Deutsche Eisenbahner-Berand, Ortsgruppe Karlsruhe, hatte auf Montag eine öffentliche Versammlung der Eisenbahndiätäre einberufen, die außerordentlich stark besucht war. Oberreferent Seeß hatte das Referat übernommen und wies darin auf die völlig unzureichende Bezahlung der Diätäre hin, deren monatliches Entkommen zwischen 500 und 700 Mark schwankt, somit weit unter dem Existenzminimum liege. Der Referent fordert die Diätäre auf, sich für ein und dasselbe zu organisieren, sich aber nicht in verschiedenen Vereinen zu zerstreuen, sondern einer freien Gewerkschaft anzugehören, welche alle Kategorien der Beamten und Arbeiter, gleich dem Deutschen Eisenbahnerverband in sich vereint. An die Ausführungen des Referenten schloß sich eine lebhafte Aussprache, in welcher die Forderung zur Solidarität und zur Organisation in B. G. B. unterliegt wurde. Schließlich wurde eine Entschließung angenommen, in der zum Ausdruck kommt, in der die Bezahlung der Diätäre eine durchgehende Verbesserung erfahren müssen und daß ihnen sofort ein Vorschlag von 1000 Mark auf die noch zu erwartende Auszahlung zu gewähren sei.

M.T.C. Düsseldorf, 8. Dez. (Bris.-Tel.) Die gestrige Probeabstimmung unter den Beamten des Oberpostdirektionsbezirks Düsseldorf mit Ausnahme des linksrheinischen Teiles ergab eine 2/3 Mehrheit für den Streik, falls die Forderungen auf sofortige Auszahlung des verlangten Vorschusses nicht erfüllt wird. Wie der Reichspostminister bekannt gibt, soll die Entscheidung bis zum 15. Dezember fallen.

M.T.B. Essen, 8. Dez. (Bris.-Tel.) Nach ergebnislosen Verhandlungen mit dem Eisenbahndirektionspräsidenten wandte sich der Beamtenrat der D. E. an den Reichsfinanz- und Verkehrsminister und verlangte sofortige Zahlung eines Vorschusses. Der Beamtenrat lehnte die Verantwortung für die Rückzahlung des Betrages ab, der durch Ernährungschwierigkeiten gefährdet sei.

Der Brief des Staatssekretärs Kamm.

Berlin, 8. Dez. (WB.) In der Presse wird eine Erklärung des Präsidiums des preussischen Staatsministeriums veröffentlicht, worin nochmals behauptet wird, daß Staatssekretär Kamm den vielgenannten Brief an den Minister Hermes tatsächlich am 7. 5. geschrieben habe. Es wird hinzugefügt, der Brief sei im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft am 11. 5. dem Staatssekretär Huber bekannt gewesen; denn er habe ihn in einer Besprechung mit einem Vertreter des Staatskommissars erwähnt. Darüber besteht eine Unklarheit, Entweder liege eine Schreibfälschung bei Kamm oder eine Fälschung vor, welche allerdings nicht Hermes zugeschrieben zu werden brauche. Demgegenüber sei nochmals festgestellt, daß der Brief allerdings vom 7. 5. datiert ist, daß aber der erste Satz klar und deutlich sagt: 'Am 10. mußte ich mit dem Minister nach Ostpreußen reisen und konnte daher zu meinem Bedauern an der am 11. stattfindenden Sitzung des Staatskommissars nicht teilnehmen.' Der Brief muß also später geschrieben worden sein. Es ist infolgedessen nicht richtig, daß am 11. 5. der Brief dem Staatssekretär Huber bereits bekannt war. Minister Hermes hat am Dienstag im Reichstag in Anwesenheit Hubers ausdrücklich erklärt, daß Huber am 11. 5. von dem Briefe noch keine Kenntnis gehabt habe. Er sagte, es stehe fest, daß Huber selbst die Unklarheit mit dem angegebenen Inhalt nicht aufgenommen hat und daß er auch keinen Beamten des Ministeriums mit der Aufgabe einer solchen Notiz beauftragt hat. Es kann sich also demnach nur um eine Privatnotiz einer Person handeln, die über die Besprechung im Amtszimmer Hubers am 11. 5. da. Ja, ohne Wissen Hubers gefertigt wurde. Was die Angabe dieser Privatnotiz angeht, so hat Huber an diesem Tage noch keine Kenntnis von dem Briefe Kamm's gehabt, konnte sich also auch nicht seine Kenntnis des Briefes äußern; denn ich habe Huber erst von dem Briefe Kamm's nach meiner mündlichen Aussprache mit Kamm Kenntnis gegeben. Diese Aussprache fand erst im letzten Drittel des Monats Mai statt. Ich stelle deshalb fest, daß der Inhalt der Notiz — mag sie aufgenommen sein von wem sie will — in tatsächlicher Beziehung unrichtig ist und daß damit die Schlussfolgerungen, die der Reichstagskommission Braun aus der Notiz gezogen hat, in sich zusammenfallen. Namentlich wird in der Erklärung des Präsidiums des preussischen Staatsministeriums noch behauptet, daß Ministerpräsident Braun den Brief dem Reichskanzler übergeben habe mit dem Ersuchen, ihn von einem gerichtlichen Sachverständigen nachprüfen zu lassen, um festzustellen, ob eine handschriftliche Fälschung vorliege. Diese Bemerkung ist völlig unrichtig. Der Brief befindet sich in den Händen des Adressaten Dr. Hermes. Er ist am Dienstag einer Reihe von Abgeordneten vorgelesen worden. Die einwandfrei feststellen konnten, daß keinerlei Änderungen an ihm vorgenommen worden sind. Der Ministerpräsident Braun kann den Brief, den er nicht hat, dem Reichskanzler also auch nicht übergeben haben.

Die Sonderlagungen.

Am Sonntag fand der Parteitag der Deutschen Volkspartei in Nürnberg mit einer Reihe von Sonderlagungen seinen Abschluß. Wir haben über diese bereits berichtet. Einem uns heute zuehenden ausführlichen Bericht entnehmen wir noch folgende Mitteilungen:

Reichs-Angestellten-Ausschuss.

Sonntag vormittag trat der Reichs-Angestellten-Ausschuss der Deutschen Volkspartei zu einer ersten gut besuchten und unter Leitung des Reichstagsabg. Otto Thiel stehenden Vollversammlung zusammen. Berichtet werden die Orte Berlin, Hamburg, Bremen, Braunschweig, Hagen, Nürnberg, München, Frankfurt, Regensburg, Essen, Oberhausen, Spandau, Lauchhammer, Dortmund, Kassel, Hildesheim. Als Gast war der Reichstagsabg. Dr. Gildemeister-Bremen zugegen. Zur Beratung standen: Die D. B. P. und die Reichs-Angestellten (Redner: Reichstagsabg. Thiel-Berlin). Wie teilten wir eine planmäßige Arbeit unter den Angestellten für die

D. B. P. (Redner: Richard Kamp, Hagen) und die Aufgaben der Reichs-Angestellten-Ausschüsse unserer Partei (Redner: Dr. Weidmann-Berlin).

Abg. Thiel berichtete über seine bisherige Arbeit im Reichstag und in der Fraktion und gab seiner Freude darüber Ausdruck, daß er innerhalb der Fraktion und der Parteileitung vollen Verständnis für die Wünsche der Reichs-Angestellten und Hilfe für deren geistliche Durchführung gefunden habe. Bezüglich der Einzelheiten verweist er auf sein auf dem Parteitag gegebenes Referat. In der Aussprache stimmten die anwesenden Vertreter grundsätzlich den vom Abg. Thiel gegebenen Richtlinien zu.

In den beiden folgenden Vorträgen gab Kamp (Hagen) einmal ein Bild über den organisatorischen Aufbau und Zusammenschluß der D. B. P. geborenden Reichs-Angestellten. Er verlangt von letzteren die Einlegung ihrer Person für die wirtschaftlichen Ziele der Reichs-Angestellten innerhalb der Partei und bietet den Reichs-Angestellten-Ausschuss ein Einigungs-Ausschuss zur Ausarbeitung von Richtlinien für die Organisationsarbeit. Thiel sprach über den Reichs-Angestellten-Ausschuss, der durch die Reichs-Angestellten-Ausschüsse ergänzt werden soll. Thiel sprach über die Reichs-Angestellten-Ausschüsse, die durch die Reichs-Angestellten-Ausschüsse ergänzt werden sollen. Thiel sprach über die Reichs-Angestellten-Ausschüsse, die durch die Reichs-Angestellten-Ausschüsse ergänzt werden sollen.

Reichstagsabgeordneter Dr. Gildemeister berichtete über seinen Antrag zur Bekämpfung des Wuchers und erklärte den Begriff des wirtschaftlichen Landesverrats. In die Sachprüfungskommission wurden berufen Reichstagsabg. Thiel, Gildemeister, Kamp, Hagen, Reichstagsabg. Thiel und Reichstagsabg. Thiel. Die anwesenden Reichs-Angestellten-Ausschüsse bilden den vorläufigen Reichs-Angestellten-Ausschuss, der durch Vertreter der zählenden Wählerkreise ergänzt wird und im neuen Jahre in einer größeren Tagung dann endgültig konstituiert werden soll. In seinem Schlusswort rief Abgeordneter Thiel die Besorgnis aus, die in einigen Zeitungen erschienenen Berichte über den Vortrag Stierwalds auf dem zehnten Kongress der Christlichen Gewerkschaften und die Reichs-Angestellten, die daraus gezogen worden sind, hinsichtlich seiner (Thiels) Stellung zur Deutschen Volkspartei. Er erklärte hierzu: Ich stehe noch wie vor fest auf dem Boden der Deutschen Volkspartei. Ich habe aber nie Zweifel daran aufkommen lassen, daß ich unsere deutschen Parteiverhältnisse, wie sie heute bestehen, als nicht für günstig halte. Die Zerstückelung unseres politischen Lebens ist ein Verhängnis.

Eine parlamentarische Regierung erfordert eine starke Mittelpartei, als Garant einer zentralen nationalen und sozialen Politik. Die fruchtlosen Oppositionen heraus aus dem Boden der praktischen Arbeit geführt werden. Welche Kreise im Zentrum sind für eine Politik zu haben, wie sie unser Programm vortreibt. Diese Kreise halten die konfessionelle Geschiedenheit in der Politik nicht mehr für zeitgemäß und drängen zu einer vernünftigeren Zusammenarbeit mit uns. Bei den Demokraten gibt es noch zahlreiche Leute, die eingesehen haben, daß sie auf das falsche Pferd gewettet haben. Diese gehören zu uns. Das Zusammenstreben dieser Massen zu einer Partei geht nicht von heute auf morgen. Aber eine Ausprägung des höchsten und verzinsten Parteigeistes sollte mit aller Macht erstrebt werden. Für die Gewerkschaften, die Angehörigen aller dieser Parteien zu gemeinsamer Arbeit in sich vereinigen, ist die glückliche Lösung dieser Frage Lebensbedürfnis. Für die Gründung einer Arbeitnehmerpartei bin ich auf keinen Fall zu haben. Aber an der sofortigen Bildung eines parlamentarischen Aktionsausschusses, der die Zusammenfassung der Kräfte fördert, werde ich mich beteiligen. Ich bin überzeugt, damit der Partei, den nationalen Gewerkschaften und dem ganzen Volke zu dienen. — Damit erreichte die erste Vollversammlung des Reichs-Angestellten-Ausschusses nach eingehenden und fruchtbareren Verhandlungen ihr Ende.

Reichs-Beamten-Ausschuss.

In der Beamten-Ausschuss, welcher auch der Reichstagsabgeordnete Seibert bis zum Schluß beizuhabte, berichtete Reichstagsabg. Seibert über die Arbeit der Fraktionen der D. B. P. in allen stehenden Beamten-Ausschüssen. Er legte dar, welche Forderungen die Partei für die Behebung der schweren Notlage der Beamten erhoben hat und aus welchen Gründen sie diese Forderungen nicht in vollem Maße durchsetzen konnte. Er teilte mit, daß die in der Regierung vertretenen Parteien sich schließlich dahin geeinigt hätten, daß die Rinderzulagen allgemein erhöht werden sollen und zwar in Klasse A um 150 Prozent, Klasse B um 125 Prozent, Klasse C um 100 Prozent und Klassen D und E um 75 Prozent. Er teilte ein Telegramm des Abg. Korath, der durch seine Arbeit in Berlin an der Mitwirkung bei der Tagung verhindert war, mit, wonach der Haushaltsausschuss diese Forderungen angenommen habe. Er verwies darauf, daß die Befolgsordnung in Ruhe durchzusetzen werden müsse, daß aber die der Befolgung der augenblicklichen Notlage dienenden Mittel mit größter Beschleunigung zur Verfügung gestellt werden müßten. Er sprach ferner den dem Reichstag vorliegenden Entwurf eines Sprergesetzes, dem die Deutsche Volkspartei mit gewissen Änderungen ihre Zustimmung nicht verweigern will. Der Entwurf eines neuen Pensionsgesetzes entspricht nach der Auffassung des Berichterstatters nicht den berechtigten Erwartungen der Reichs-Angestellten, insbesondere auch insofern, als der Unterschied zwischen Alt- und Neupensionen nicht beseitigt ist. Mit Rücksicht auf die übermäßige Belastung der Reichs-Angestellten durch überflüssige Arbeiter und Angestellte, die keine nützliche Arbeit leisten, sondern die Beamten von der Arbeit abhalten, fordert er deren alsbaldige Entlassung, jedoch mit der Maßgabe, daß ihnen der Übergang in eine andere Tätigkeit durch Weitergewährung ihrer Bezüge für eine ausreichende Zeitperiode in jeder Weise erleichtert wird.

Über den Bericht entspann sich unter dem Vorsitz des Kammergerichtsrats Dr. Caspari eine eingehende Erörterung, an welcher sich außer dem Abg. Seibert der größte Teil der Teilnehmer, insbesondere auch solche aus Oberpreußen und dem besetzten Gebiet beteiligten. Die Aussprache ergab ein erschütterndes Bild von der Notlage der Beamenschaft, besonders im rheinisch-westfälischen Industriegebiet und die Notwendigkeit, mit allen Mitteln der Verständigung der Beamenschaft im Interesse der Aufrechterhaltung der Ordnung, Sicherheit und Ruhe im Deutschen Reich abzuhelfen. Sie ergab aber ferner die Zustimmung der Beamenschaft zu der Arbeit der Partei unter Anerkennung der ihr von Seiten der Reichs-Angestelltenverwaltung und anderer Parteien entgegengebrachten Schwierigkeiten und das Vertrauen in ihre weitere Tätigkeit.

Die Beschlüsse blühte die Ausführungen des Abgeordneten Seibert zum Zwecke des Sprergesetzes, des Pensionsgesetzes und der Entlassung der überflüssigen Angestellten und Arbeiter, forderte aber ausdrücklich, daß diese nur dann erfolgen dürfe, wenn den davon Betroffenen alle möglichen finanziellen und wirtschaftlichen Erleichterungen zum Übergang in einen anderen Beruf gewährt wird. Sie forderte zur Befestigung der Notlage der Beamten die Befestigung eines Mindestlohnes der Leveragezulagen, gleiche prozentuale Erhöhung der laufenden Leveragezulagen für alle Beamtenklassen ohne Differenzierung, die Befestigung der Rinderzulagen bis zur Höhe des Existenzminimums und die gleiche Behandlung der Pensionen und Hinterbliebenen bezüglich der Leveragezulagen. Sie lehnte ferner die Vergebung von Beamtenstellen mit Rücksicht auf die Parteizugehörigkeit ab und forderte eine Prüfung aller Beamtenanwärter und Angestellten durch besonders dazu berufene staatliche oder gemeinnützige Zentralstellen vor ihrem Eintritt in den Staatsdienst. Sie verlangte weiter eine Abänderung des Einkommensteuergesetzes, infolgedessen es die doppelte Veranlagung des Einkommens aus 1920 verbleibe und zwar nicht nur für die Selbständigen, und die Steuerfreiheit der Rinderbehalten, damit nicht das Unrecht eintreten kann, daß ein Familienvater durch Höherveranlagung in der Einkommensteuer schlechter gestellt ist als der unverheiratete Beamte in gleicher Eigenschaft.

Zum Schluß befaßigte sich die Tagung mit der Frage der Organisation der Beamten-Ausschüsse in den Westpreußen und dem Reich, deren enge persönliche und organisatorische Verbindung unter Abrechnung von besonderen Beamtengruppen innerhalb der Partei gefordert wurde. Die Tagung schloß mit einem warmen Bekenntnis zur Deutschen Volkspartei, in deren Reihen eine überaus große Zahl von Beamten selbstlos tätig ist, die aber volle Berücksichtigung ihrer Interessen von Seiten der Partei auch in der Zukunft erwartet.

Die Wirtschaftskräfte Südwestdeutschlands.

r. Düsseldorf, 9. Dez. (Bris.-Tel.) Auf Veranstaltung der Düsseldorf-Stadtverwaltung, der Handelskammer und des Vereins zur Wahrung der wirtschaftlichen Interessen von Rheinland und Westfalen wollen im rheinisch-westfälischen Industriegebiet eine große Anzahl süddeutscher Industrieller und Politiker in Düsseldorf, u. a. der württembergische Minister des Innern Graf, der badische Arbeitsminister Müller, Oberbürgermeister Dr. Kupper-Mannheim, Fabrikant Willi Bögel, Mannheim, Reichstagsabgeordneter G. d. Mannheim, Bürgermeister Siegel-Stuttgart, Oberbürgermeister Schwannberger von Ulm usw. Direktor Koenig-Mannheim hielt in der südlichen Tonhalle in Düsseldorf einen Vortrag über das Thema: 'Rhein und Redar'. Er entwickelte die technischen Grundzüge der süddeutschen Schiffsahrt- und Wasserstraßenprojekte. Die Wirtschaftlichkeit des Redarantons sei nach der Darstellung der Behörden gesichert. Allerdings werde die Kanalisierung der Redare heute 2 Milliarden Mark kosten, welche man aber verantworten könne, durch die gewaltigen Aufzugsmöglichkeiten an die deutsche Industrie und an die produktive Erwerbslosenfürsorge.

Einen zweiten Vortrag hielt Herr Hofrat Dr. Bruckmann aus Heilbronn über die Wirtschaftskräfte Südwestdeutschlands. Er meinte, wenn man durch die Not getrieben von einer politischen Einigung und der Erhaltung eines neuen süddeutschen Staates rede und dabei Südwestdeutschland als ein großes wirtschaftliches Gebiet betrachte, so richte sich vor allem nach die Wasserstraßen des Rheins der Mittel- und Rheinland und Westfalen. Aber noch mehr als die wirtschaftliche Sorge verbindet der tausendjährige Besitz einer großen herrlichen Kultur beide Industriegebiete miteinander. Bei aller Treue zum Deutschen Reich soll Südwestdeutschland seinen höchsten Besitz, die alemannische und schwäbische Kultur aufrechterhalten und pflegen. Auch in der Not unserer Lage dürfe nicht alles von einer Zentrale des Deutschen Reiches aus, ohne Berücksichtigung der berechtigten Schäden gemacht werden. Und da begegne sich wieder die Bedanke Südwestdeutschlands mit denen von Rheinland-Westfalen.

Die Frage, welche die süddeutschen Vertreter nach dem Rheinlande geführt habe, sei der Rhein- und Redarwasserweg und die Gewinnung von weicher Kohle. Man könne an die Verwirklichung des großen Projektes glauben, wenn man auf die Wichtigkeit unseres Volkes vertraue. Wenn das Reich bei zwei Milliarden Baukosten immer nur 50 Millionen Mark geben könne, würde die Verwirklichung des Planes 40 Jahre dauern. Daher müsse man andere Wege überlegen. Wenn aus Bayern eine eigene Schiffsahrtspolitik über den Rhein verfolge, dürfe man sich nicht, wie es leider bisher geschehen sei, in der Nachbarschaft geltend machen. Man müsse die gemeinschaftlichen Gesichtspunkte betonen. Unter der Leitung: Erhaltung der Kräfte und Wertschätzung neuer Kräfte verurteile Geh. Rat Bruckmann den parteipolitischen Habitus der kulturellen und wirtschaftlichen Fragen und schloß mit einem freundlichen Bekenntnis zum einigen Deutschtum und einem Reich.

Direktor Waldmann von der Gute-Hoffnungshütte in Oberhausen betonte die Bedeutung der süddeutschen Kanalforschung für das rheinisch-westfälische Industriegebiet und meinte, daß auf diesem Wege der Austausch der Erzeugnisse der einzelnen Bezirke vervollkommen würde. Herr Dr. Wenner sprach sich weiterhin optimistisch aus, weil der bestehende Geldmangel vorläufig wohl keine die Kanalforschung erweiternde Urhe.

Deutsches Reich.

Die Goldprämie und die Bergarbeiter.

Berlin, 8. Dez. (WB.) Amtlich aus Anlaß der namentlich im rheinisch-westfälischen Industriegebiet noch immer bestehenden Zweifel über die ordnungsgemäße Verwendung der auf Grund des Kohlenabkommens von Spa der deutschen Regierung gezahlten Goldprämien wird nochmals darauf hingewiesen, daß der Gegenwert der Goldmarkprämien restlos den Bergarbeitern zugute kommt. Bei dem Abkommen von Spa wurden durchschnittlich 35 000 000 Mark, seit August monatlich durchschnittlich 124 000 000 Mark zur Verbesserung der Lebenshaltung der Bergarbeiter bekanntgemeldet.

Der Kahn-Vertrag.

Berlin, 9. Dez. (WB.) Der Ausschussrat der 'Deutschen Werke' hielt am Dienstag eine Sitzung ab, der auch der Reichsfinanzminister beizuhabte. In einer Entschließung wurde anerkannt, daß die Direktion in dem guten Glauben, dem dem 'Deutschen Werke' zu nützen, den Kahnvertrag abgeschlossen habe. Der Ausschussrat hält den Vertrag nicht für verbindlich und seine Aufhebung als erwünscht. Im Hinblick auf seine Verbesserung durch eine authentische Interpretation und auf die Notlage sieht er sich aber zu einer Aufrechterhaltung veranlaßt.

Der Frieden in der süddeutschen Textilindustrie.

Freiburg, 7. Dez. (WB.) Die Verhandlungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern haben in Augsburg zu einer vollen Einigung geführt. Die Ursprünge der Forderung, auf den bestehenden Tarifvertrag für männliche Arbeiter einen Zuschlag von 25 Prozent und für weibliche Arbeiter einen solchen von 40 Prozent zu gewähren, war abgelehnt worden, man nahm jedoch auf beiden Seiten den Spruch des Schlichtungsausschusses an, der eine mittlere Linie inne hält. Damit ist der Frieden in der süddeutschen Textilindustrie gesichert.

Kein Haftbefehl gegen General Watter.

Karlsruhe, 8. Dez. Durch eine Reihe von Blättern geht die Nachricht, daß die badische Regierung gegen General von Watter einen Haftbefehl erlassen habe. Dazu teilt uns die Presseabteilung der badischen Regierung mit: Der badische Regierung ist von einem Haftbefehl gegen General von Watter, der überdies nur von den zuständigen Gerichten erlassen werden könnte, nichts bekannt.

Badischer Landtag.

Karlsruhe, 8. Dez. Der Haushaltsausschuss des Landtags hat die Beratung des zweiten Nachtrags zum Staatsanwaltschafts-Gesetz angenommen. Um das rund 2 Millionen Mark betragende Defizit der Baden-Betten zu decken, wurde eine Erhöhung der Puderpreise für die Badens-Betten vorgeschlagen. Eine Regierung, die Baden in Baden-Betten an die Staatsverwaltung übergeben, fand keine Zustimmung. Dagegen soll die Erhöhung der Baden zu höheren Beitragsleistungen veranlaßt werden. Die Regierung wird darüber dem Landtag eine Vorlesung machen. Die Beratung des Landes-Wirtschafts-Gesetzes der Minister im nächsten Jahre höhere Beiträge zur Förderung der Pferdezucht in Aussicht. Geändert wurde auch die Landesgesetzgebung, die dem vom Landtag zur Prüfung ihrer Gesetzentwürfe eingesetzten Ausschuss die Rechnung für 1919/20 vorlegen.

Clemenceau.

e. Basel, 8. Dez. (Pr.-Tel.) Nach einer Weidung des Ratin hat sich die Krankheit Clemenceaus, der in Rastatt weilt, verschlimmert. Er ist an einer gefährlichen Krankheit erkrankt, wodurch die Herrschaft in Weidung erkrankt ist. Alle weiteren Respektive Clemenceaus wurden aufgehoben.

Die Ärzte und die soziale Fürsorge.

Von den Vorsitzenden des Deutschen Ärztevereinsbundes und des Leipziger wirtschaftlichen Ärzteverbandes geht uns folgende Erklärung zu: Bei dem allgemeinen deutschen Krankentage am 2. Dezember 1920 in Berlin ist den Ärzten, neben anderen schweren Beschuldigungen, von verschiedenen Seiten der Vorwurf gemacht worden, sie verkehrten aus selbsttätigen Gründen den notwendigen Ausbau der sozialen Fürsorge im Namen der deutschen Ärzte erklären wie diese Behauptung für eine völlig unbegründete Verleumdung...

Wirtschaftliche Fragen.

Ein Aufruf zur Kartoffelablieferung

wird von den Bezirksämtern erlassen. Es wird darin darauf hingewiesen, daß Tausende von Familien in den Städten und in den Industrieorten des Landes nicht einmal ihren täglichen Bedarf eindecken können. Durch diese Not drohen dem Lande neue Schwierigkeiten; die Gefahr einer neuen Störung der öffentlichen Ruhe wächst heran. Die Landwirte werden deshalb zur Eile aufgefordert und zur Abgabe von Kartoffeln für die notleidende städtische Bevölkerung ermahnt.

Der Müllerstreit.

Langheim, 7. Dez. Die Müllerzwangsinnung für die Bezirke Mannheim-Eppingen hat sich mit den Müllern der benachbarten Bezirke solidarisch erklärt, am Mittwoch, den 8. Dezember, abends sämtliche Mühlen stillzulegen. Ebenso haben sämtliche Müller des Bezirks Weibheim in einer in Osterburken abgehaltenen Versammlung beschloffen, vom 12. Dezember ab ihre Mühlen zu schließen. Die Müllervereine Breiten hat ihren Betrieb stillgelegt. (Dieses Vorgehen der Müller geschieht aus Protest gegen die in letzter Zeit über versch. Dene Müller verhängten harten Strafen wegen Wahlens ohne Wahlchein.)

Städtische Nachrichten.

Mannheims Eisenbahnenverkehr.

Der Hinblick auf die Europäische Fahrplankonferenz, welche zum ersten Mal seit 1914, Anfang Dezember getagt hat, überläßt der Verkehrs-Bereich am 19. November der Eisenbahn-Generaldirektion Karlsruhe und den Direktionen in Mainz und Ludwigshafen eine ausführliche Darstellung von Fahrplankünften und Anregungen, von denen die wichtigsten hier kurz aufgeführt seien: 1. Verbesserung der Verbindungen Berlin-Hamburg-Dresden-Leipzig-Breslau-Basel über Mannheim, Verkürzung der Fahrzeit und Vermehrung der Züge. 2. Rheinland-Basel, Konstanz und München über Mannheim, direkte Züge über die Rheinhahn und die Brücke Mannheim-Ludwigshafen. 3. Neue Schnellzüge nach und von München. 4. Desgleichen nach Nürnberg, zugleich Verbesserung der Verbindung mit Heilbronn. 5. Verbesserung der Verbindung nach Bodensee-Tirol-Schweiz über die Schwarzwaldbahn, nach Konstanz-Lindau, Konstanz-Karlsruhe und nach Singen-Jüri. 6. Bessere Anschlüsse nach dem Ägäus über Ulm-Kempten. 7. Größere Rücksichtnahme auf Mannheim bei den Expresszügen. 8. Lokale Wünsche betr. Verbindung mit Heidelberg, Karlsruhe, Wetzlar, Pirmasens. Die Eisenbahn-Generaldirektion Karlsruhe hat auf diese Eingabe eingehend geantwortet und allgemein bemerkt, daß, wenn nicht unüberwindliche Hindernisse eintreten...

Dritter Meister-Klavier-Abend.

Carl Friedberg.

Die drei vom Mannheimer Musikhaus veranstalteten Meister-Klavierabende bejahen der als anerkannter Klavierspieler auch in Mannheim längst geschätzte Carl Friedberg. Seine Kunst geht in die Tiefe, begnügt sich nicht mit billigen Wirkungen, und die Technik ist ihm nur ein Mittel, den musikalischen Inhalt zu heben. Die ursprünglich vorgesehene Vortragsfolge unterzog Carl Friedberg einer radikalen Umwertung. Anstelle der französischen Grandes Impressionisten Debussy, der in Deutschland in G. und J. sehr beliebt war, traten unsere deutschen Meister Brahms und Schumann. Nur der Jungbrunnen Alexander Nikolajewitsch Scriabin (geb. 1872 zu Rossau, gest. 1915) dazwischen mit seiner bis zur Sensation op. 53 auf dem Programm. Sie ist trotz mancher melodischer Schönheiten und origineller harmonischer Wendungen ein wenig empfindliches, ja schmerzhaftes Studienwerk und vermag nicht über trefflichen Widergabe keine tiefere Wirkung auszulösen. In Schumanns „Symphonischen Etüden“, den drei großen Heftchen II. Neuhöflich gewidmeten Romanzen op. 28 — nicht op. 22 mit dem Programm irrtümlich angegeb. — offenbart Friedbergs Spiel wahrlich eine solche Fülle von Formreichtum und praktischem Feingespinnnen, daß diese Werke zum Erlebnis wurden. Von den drei Romanzen gelang namentlich die in b-moll mit schönem Gesangs- ton sehr ausdrucksreich zu Gehör. Mit Kraft und Temperament wurden dann die zwei Klavierkonzerte op. 79 und die milde Klavier- sonate op. 118 gespielt. In allen Werken trat die technische Meisterschaft des Pianisten, sein wohlgelegter Anschlag, die intellektuelle Schärfe seiner Auffassung und das sichere Behaltungsvermögen leuchtend zu Tage. Der Künstler wurde lebhaft gefeiert. F. W.

Kunst und Wissen.

6. Gächlenchor der Antrea Pfarrkirche Mannheim. Mit einer Vortragsfolge, welche die besten Namen der katholischen Kirchenmusik des 17. und 18. Jahrhunderts zierlich brachte, sich der unter Leitung des Herrn R. H. Boeres stehende Gächlenchor der Antrea Pfarrkirche in empfehlende Erinnerung. Es waren in der Tat die schönsten Stimmen der Wälsche lacer, die uns hier gehöret wurden. Möchten alle Kirchen- und gemischten Chöre auf diese kostbaren Werke des reinen Vokalstrahlens zurückgehen, die in ihrer Reinheit des Gehörs, der Innigkeit des Empfindens und keuschen Harmonie für alle Zeiten Muster der Kapellmusik sind und bleiben werden. Ein Werk von erhabener Schönheit ist Palestrina'se „Missa confessor“ mit dem prächtigen, dem glaubensstarken Credo, dem stimmigen Agnus dei und dem schmerzlichen Agnus II. Interessant sein Alma Redemptoris...

beabsichtigt ist, die Schnellzugverbindungen im Sommerdienst 1921 weiter zu verbessern, soweit es mit Rücksicht auf den immer noch knappen Bestand an betriebsfähigen Lokomotiven möglich ist. Voraussetzung für die in Aussicht genommenen Zugleistungen ist u. a. die ausreichende Befeuerung der Eisenbahnverwaltung mit Brennstoffen. Die Kürzung der Fahrzeiten sei beabsichtigt, aber hier könne nur von Fall zu Fall entschieden werden, e nach Leistungsfähigkeit der Lokomotiven, Belastung der Züge, Beschaffung der Brenn- und Schmierstoffe. Im einzelnen seien folgende Verbesserungen in Aussicht genommen:

- 1. Wiedereinrichtung der Hamburger Tageszüge Südbahnhof Frankfurt und Führung derselben über Mannheim bis Freiburg (D 85/86) später eventuell bis Basel.
2. Schaffung einer durchgehenden Tagesverbindung Freiburg-Mannheim-Frankfurt-Berlin u. umgekehrt in Verbindung mit den Zügen D 85/86.
3. Herstellung einer durchgehenden Tagesverbindung Basel-Ruhrgebiet und umgekehrt über Mannheim (Züge 269/270), wozu auf der Strecke Mannheim-Basel die jetzigen Schnellzüge D 15/16 verwendet werden sollen (jetzt Mannheim ab 2.14 nachm., Mannheim an 3.54 nachm.).
4. Weiterführung der Hamburger Nacht Schnellzüge D 75/76 von und bis Basel während der Dauer härteren Verkehrs (Nacht verkehren die Züge nur von und bis Karlsruhe).
5. Herstellung einer weiteren Schnellzugverbindung Mannheim-München und umgekehrt.
6. Weiterführung der Schnellzüge D 115/116 Würzburg (ab 8.00 abends, ab 8.53 morgens)—Dresden (Breslau) von und bis Mannheim, wenn möglich Durchlauf von und nach der Pfalz.
7. Schaffung einer Morgenschnellzugverbindung Mannheim-Basel und Schwarzwald-Konstanz, in der Gegenrichtung eines Nachmittags Schnellzugs Konstanz und Basel-Mannheim.

Mit noch weitergehenden Zugermehrungen für den Fernverkehr können vorerst nicht gerechnet werden, eher mit einer Verwirklichung nur eines Teiles der berechtigten Fahrplankorrekturen.

Den Rahoverkehr betr. ist mit dem seit 1. Dezember verkehrenden Personenzug Heidelberg ab 6.00 nachm., Mannheim ab 6.30 einer der Mannheimer Wünsche erfüllt. Das Anhalten von Schnellzügen in Bühl könne wegen der festen nach einheitlichen Gesichtspunkten geregelten Abmachungen über die Halte durchgehender Schnellzüge nicht in Aussicht gestellt werden. Andere Stationen würden ebenfalls Halte verlangen und dann könnten keine Fernverbindungen mit geringer Reisebauer mehr hergestellt werden.

Der öffentliche Ruhen der Pferderennen.

Der Eintrittsgeld zur Rennbahn bezahlt und wer am Totalisator wetten, tut dies gewöhnlich nicht in der idealen Absicht, der Sache der Pferdezucht zu nützen. Aber ob mit oder ohne Absicht, der Zweck wird erreicht. Gewaltige Summen, mehr als je zuvor, hat das Publikum im vergangenen Rennjahr durch sein Interesse am Rennsport aufgebracht und auch die Mannheimer haben ihr Teil zur „Hebung der Pferdezucht“ beigetragen. Aus dem Totalisatorbetrieb während der 7 Mannheimer Renntage der verflochtenen Rennsaison konnte die ansehnliche Summe von 328 207 Mark an die Staatskasse abgeführt werden. Diese Gelder sind nach dem Totalisatorgesetz für die Hebung der Landesverpachtung zu verwenden und wenn man berücksichtigt, daß bei Nichtabhaltung der hiesigen Pferderennen dieser Betrag aus öffentlichen Mitteln hätte erbracht werden müssen, so liegt der öffentliche Nutzen der Mannheimer Veranstaltungen klar vor Augen. Dem städtischen Haushalt konnte aus den beiden Meetings im Mai und Herbst die Summe von zusammen 212 967 M. überwiesen werden, auch ein ganz ansehnlicher Betrag, um denselben man auch in denjenigen Kreisen der Abhaltung der Pferderennen mehr Sympathie entgegenbringen sollte, welche dem Pferdesport verständnislos gegenübersehen. Das gesamte Verkehrs- und Geschäftleben wird von den großen Rennveranstaltungen sehr günstig beeinflusst, so insbesondere die Staatsbahn und die Straßenbahn.

Die schwierigste und undankbarste Aufgabe haben die Veranstalter, nämlich die Rennvereine zu lösen. Der mitleidlose Laie trübt sich mit dem Gedanken, die Vereine verdienen ja so viel Geld, die können schon mal eine Unannehmlichkeit ausstehen. Es ist nicht in Rede zu stellen, daß in kurzer Zeit Millionen durch die Hände der Vereine gehen. Ein Finanzgenie, das es verstanden hat, ansehnliche Gewinne bei den Rennvereinen zu sparen, ist bisher aber noch nicht entdeckt worden. Der Etat balanciert so gerade. Es leben so viele Menschen von dem Rennkalender. An einem Renntag braucht ein Verein außer den am Rennen selbst Beteiligten etwa 300 Beamte und ungefähr 200 Kuffistpersonen. Die Unterhaltung der Gebäude, Lichter und für diese kommen die Handwerkerleute sämtlicher Gattungen in Betracht, wie auch des Rennbahnbetriebs und der Hindernisse verhängten ungarne Summen. Die Herstellung einer Eintrittskarte erreicht heute eine Durchschnittspreisehöhe, für die man früher den Eintritt auf einen mittleren Platz erschwingen konnte. Dabei ist zu berücksichtigen, daß man Karten für einen Kartendebüt an jedem Tag bereitstellen muß. Noch viel größere Schwierigkeiten verhilft der Totalisatorbetrieb. Zu allem treten noch die lauernden Ausschau. Berücksichtigt man nun, daß die Rennen für die Masse sportlich nur interessant werden, wenn starke Felder zusammenkommen, so müssen die Voraussetzungen hinsichtlich hoher Geldpreise u. a. erfüllt sein. Ein gewaltiges Maß von Risiko liegt also auf dem Veranstalter und der Nutzen aus einem glücklichen Verlaufenen...

Oberschlesische Woche

in Mannheim.

Die Sammlung, welche am Dienstag im Nationaltheater zugunsten der DWD vorgenommen wurde, ist, wie wir vorhin schon festgestellt haben, der Initiative Ueg. Käfers entsprungen, der bekanntlich immer zu haben ist, wenn es gilt, für eine wohltätige oder vaterländische Sache zu wirken. Dem beliebigen Künstler mit dem für alle Kellenden und Bedrängten so warm schlagenden Herzen sei für seine ausgezeichnete Idee auch an dieser Stelle verbindlichst gedankt.

Oberschlesierabend im Apollotheater.

Herr Direktor Zacharias, der sich niemals ausschließt, wenn es gilt, wohltätige oder vaterländische Zwecke zu fördern, hat für morgen Donnerstag abends sämtliche Räume des Apollotheaters mit Ausschluß des großen Saales, der erst nach 10 Uhr frei wird, auf das bereitwilligste zu Veranstaltungen zu Gunsten der Oberschlesischen Woche zur Verfügung gestellt. Im Kabarett Kumpelmann, das bekanntlich preiswürdig im Goldsaal im zweiten Stock untergebracht ist, findet eine Festvorstellung der für Dezember verpflichteten vorzüglichen Kräfte mit besonderer Einnahme der verstärkten Orchester statt. In der Tanzdiele im anstoßenden sogenannten Silberaal wird nach der Kabarettvorstellung Gelegenheit zum Tanzen gegeben. Die Leitung haben hier die Fürstendörfer, ein ausgezeichnetes Tänzerpaar des Kabarets. Eine Langkonfuzanz dürfte eine ganz besondere Anziehungskraft ausüben. Die verstärkte Kabarettkapelle wird zum Tanz aufspielen. Für die Gäste des Apollorestaurants ist ein Unterhaltungsabend unter Mitwirkung einiger Gäste vorgesehen. Die Kapelle Harger, die hier konzertiert, ist ebenfalls verstärkt. Ferner hat sich der Direktor der 3. St. im großen Theateraal mit ländlich wachsendem Erfolg gastierenden Amator-Film-Co., Herr Julius Lachmann, ein gebürtiger Oberschlesier, bereit erklärt, das Publikum kinematographisch auszunehmen. Die Festspiele werden in einer großen Palanque an dem Aufnahmeapparat vorbeigeführt. Der Film wird in den nächsten Tagen im Theater vorgeführt. Die Ortsgruppe Mannheim der Vereinigten Verbände heimatreuer Oberschlesier erhält geschenkt einen Abzug des Films, damit er späterhin bei positiven Gelegenheiten zur Erinnerung an die DWD gezeigt werden kann. Wir hoffen zuversichtlich, daß morgen abend sämtliche Räume des Apollotheaters ausverkauft sind, damit eine kräftige Summe als Reinertrag der mannigfaltigen Veranstaltungen abgeliefert werden kann.

Meeting liegt bis auf ein verschwindendes Gummichen zugunsten späterer Veranstaltungen ausschließlich auf Seiten der Allgemeinheit. H.

Milchverfälschung. Infolge Milchmangels hat sich das Lebensmittelamt genötigt gesehen, an die Herren Metz's folgendes Schreiben zu richten: Die Milchlieferungen sind insbesondere durch die überhörenden Wirkungen der in den Lieferbezirken immer noch herrschenden Maul- und Klauenseuche in hohem Maße gefährdet. So daß die Versorgung der Säuglinge gefährdet ist. Das Lebensmittelamt Mannheim richtet daher an die Metz'sche Milchfabrik das Ersuchen, bei der Verordnungs von Milch die größte Sorgfalt zu üben und nur in den unumgänglichen notwendigen Fällen Milch zu verwenden. Derselben strengen Ordnung werden selbstverständlich von dem die ärztlichen Zeugnisse prüfenden Metz'schen Ausschuss beobachtet. Die Verordnungs wird gebeten, hiervon Kenntnis zu nehmen und unbegründete Anträge auf Milch, die ja doch wegen Milchmangels eine Ablehnung erfahren müßten, gänzlich zu unterlassen.

Der erste Schnee. Es schneite heute schon in der Frühe, als die Ersten ihrer Arbeitsstätte zustrebten, nicht so intensiv, wie in nördlichen Gegenden oder im Schwarzwald, aber doch in einer Weise, daß die Dächer bald eine weiße Decke trugen. Auf den Straßen konnten sich die Pfaden nicht behaupten, weil sie von zu wässriger Beschaffenheit waren. Gesund ist die erwartete Witterung nicht, aber die Niederschläge tragen wenigstens dazu bei, daß sich der Wasserstand wäher vermindert. Bei Redaktionschluss schneite es noch ganz leicht weiter.

Brand eines Straßenbahnwagens. Gestern nachmittags gegen 4 Uhr schlug plötzlich an der Feuerwehrtorens an der Haltestelle der nach Heidenheim führenden Linie aus der Sicht des Wagens Nr. 22 eine hohe Flamme. Das herbeiläufende Berufsfeuerwehrlöschte mit einem Trockenfeuerlöschapparat den Brand, der bereits die Holzteile des Vorderperrens ergriffen hatte. Verletzt wurden nicht verletzt.

Veranstaltungen.

Theaterabend. Morgen wird Chalkoparas „Julius Caesar“ im Nebenraum zu Gunsten der abklingungsbedürftigen heimatsamen Oberschlesier wiederholt. Es findet zur eine Pause, nach der Forumgenes, das das Aufsichtsmittel ihre Plätze erst nach dem dritten Akt einnehmen können. — Festungs „Manna van Barabiel“ wird am Samstag mit Lore Baul in der Titelrolle im Nationaltheater wiederholt. — Sonntag, den 12. Dezember, wird im Rahmen der Weihnachtswoche „Aldello“ zum ersten Male in dieser Spielzeit angeführt. Die musikalische Leitung hat Franz von Dorklin.

Rücktritt des Karlsruher Intendanten? Nach einer Mitteilung der Badischen Presse hat der Intendant des Badischen Landestheaters St. J. u. S. sein Entlassungsgesuch eingereicht; er will die Direktion eines Theaters im Rheinland übernehmen. Die Gründe zum Rücktritt des Intendanten Sachs sind noch nicht bekannt; sie dürften aber mit dem Abbau am Landes-theater in Verbindung stehen, der infolge des großen Defizits begonnen und dabei bedauerlicherweise auch mehrere sehr verdiente und schon lange am Landes-theater wirkende Kräfte betroffen hat.

Generalmusikdirektor Professor Ernst Boeckh, der neue Leiter des Palastorchesters, dirigierte in der vergangenen Woche zwei Sinfoniekonzerte in Kristiania (unter anderem Werke von Beethoven, Brahms, sowie seine eigene sinfonische Dichtung „Loremina“) und hatte bei Publikum und Presse einen überaus großen Erfolg. Herr Professor Boeckh wurde für diesen Winter noch für zwei weitere Konzerte in Kristiania verpflichtet.

Uraufführung in Breslau. Eine neue Uraufführung von Walter Fekauer fand mit großem Erfolg im Breslauer Apollotheater statt. Die Handlung spielt in einem Mannheimer Kaffeehaus und ironisiert in geistvoller Weise über die Dialogführung der Vertonenheit eines heutigen kapitalistischen Modernitäts. „Der Wägen“ — so heißt das Stück — ist ein Top wie der „Genosse Hilde“ aus der Zeit agrarischen und mit jedem Wort vor die Zeit hingestellt. Julius Arnolds Regie, des berühmten Oberschlesierers der Besten Theater in Breslau, leistet Anerkennungswürdiges. H. Br.

Ein Uraufführung in Frankfurt. Samstag, 11. Dezember, findet in Frankfurt ein Kammermusikabend statt, bei dem die Leiter an der Hochschule für Musik in Mannheim, Konzeptionsleiter Hans Rößler, Solocellist Walter Rößler und Pianist Heinz Wagner ein Klaviertrio des Duppa geborenen, in Ludwigshafen als Lehrer wirkenden Lehrers Philipp Wüst zur Uraufführung bringen werden. Am demselben Abend wird Opernsänger Karl Becker (Dresden), ein gebürtiger Frankenthaler, neue Variationen von Wüst zum Vortrag bringen. Herr Wüst hat all diese Werke in englischer Gefangenschaft geschrieben, wo er den Pianisten Heinz Wagner, seinen jetzigen Interpreten, kennen lernte.

Ein neues Oratorium. Wie uns aus Wien berichtet wird, ist dort ein neues Oratorium „Der verlorene Sohn“, Text von Victoria Schottel, Musik von Richard Stöckl, anlässlich eines Konzertes des Sängerbundes „Dreizehnlinden“ unter Leitung des Chormeisters Ferdinand Habel zur erholerischen Uraufführung gelangt. Richard Stöckl, der sich nach kurzer Tätigkeit als Arzt — er ist Doctor mehrerer — der Musikerausbildung zuwenden hat, ist als Komponist stimmungs-voll: Chöre, Orchester und Kammermusikwerke bekannt. Er ist Professor an der Wiener Musikakademie, wo er Harmonielehre und Komposition lehrt.

Mannheimer Frauen-Zeitung

Die Deutsche Volkspartei und Die Frauen.

Ein Rückblick auf den Parteitag in Nürnberg.
Von Dr. Marie Bernays.

Die plötzliche Einordnung der Frauen als gleichberechtigte Wähler in die Reihen der politischen Parteien stellte die Frauen sowohl wie die Parteiführungen vor schwierige Aufgaben. Es galt, den Frauen den ihnen zukommenden Einfluß im Parteileben zu sichern, und es kam für die Frauen darauf an, Ausmaß und Ziel ihres politischen Wirkens klar zu erkennen. Nicht das genügte, daß jede Partei einige Frauen im Parteileben zu sichern, sondern die Führer der Partei mußten den Frauenangelegenheiten und Frauenwünschen viel lebendigeres Interesse entgegenbringen als bisher; nicht damit war es geschehen, daß die Frauen einseitig ihre Forderungen vertraten, sie mußten vielmehr bereit sein, einen Ausgleich zwischen ihren Anschauungen und denen der Männer, wo es not tat, zu finden. Mit andern Worten: die parteipolitisch organisierten Frauen müssen die Besonderheit weiblicher Lebensauffassung auch in der politischen Arbeit zur Geltung bringen, wenn diese eine Bereicherung erfahren soll; sie müssen es aber vermeiden, in den politischen Frauenorganisationen "Frauenbewegung" in dem alten, wenn auch vom reinen Frauenstandpunkt aus oft berechtigten Sinn zu treiben.

Wer von uns Frauen den Parteitag der Deutschen Volkspartei mitwirkte — denn es war im "Mägen", nicht bloß im Parteileben — wird die Ueberzeugung gewonnen haben, daß innerhalb unserer Partei die Gemeinschaftsarbeit von Mann und Frau in der eben dargelegten Weise große Fortschritte macht. Die wunderbare Einheit und Gemeinsamkeit des Empfindens umschloß alle Teilnehmer, ohne Unterschied von Geschlecht oder Beruf. Wir Frauen fühlten deutlich, daß es in den großen Fragen unseres nationalen Lebens keinen Mannes- und Frauenstandpunkt geben kann, wenn auch die gewöhnlichen Aufgaben, die vor uns liegen, von Mann und Frau verschieden sind. Wir konnten aber auch deutlich erkennen, daß unsere Mitarbeit gewünscht und geschätzt, unseren Forderungen Gehör gefunden wird.

Wenn die Reichstagsabgeordnete Frau Wende in einer Ansprache es als Fortschritt bezeichnete, daß auf dem Parteitag in diesem Jahr kein besonderes Frauenreferat gehalten worden, sondern die weiblichen Delegierten relativ zahlreich an der Aussprache teilgenommen hätten — meist von größerer Aufmerksamkeit und größerem Beifall beehrt, als mancher männliche Redner —, so liegt dieser zuerst etwas befremdenden Behauptung eine durchaus richtige Beobachtung zugrunde. Es muß unter allen Umständen vermieden werden, daß trotz der notwendigen Trennung der Arbeitsgebiete die Männer die Frauenfragen als etwas betrachten, was sie nichts angeht, das obligate Frauenreferat nur als notwendige Konvention an die weiblichen Wähler empfinden. In den Frauen aber darf nicht das Gefühl die Oberhand gewinnen, als ob sie in der Partei nur Fraueninteressen zu vertreten hätten. Es muß der Frauenfrage, wenn auch einmal eine Frau notwendig nur, sofern sie sachverständig ist — über Angelegenheiten spricht, die den Mann ebenso angehen wie sie. Gerade dafür hat der Nürnberger Parteitag bei einigen Frauenreden ein gutes Beispiel.

Dieser selbstverständlichen Eingliederung der Frau in die politische Arbeit muß aber Achtung und Interesse für die Frauensache aus Seiten der Parteiführung entspringen. Die Teilnahme der politischen Führer an der dem Parteitag vorhergehenden Reichsfrauentagung, die lebhaft interessierte Art, mit der Dr. Stresemann häufig in die Debatte eingriff, geben uns die Gewißheit, daß diese Achtung und dieses Interesse in vollem Maße vorhanden sind.

Man mag sich natürlich die Frage vorlegen, ob der Reichsausschuss der Partei tätig in Parallele mit den Reichstagen, Lehren, A. beizubehalten zu stellen sei und ob nicht sein Bestehen die Gemeinschaftsarbeit von Mann und Frau in der Partei gefährde. Auch dieser Einwand ist von manchen Seiten — Männern und Frauen — geltend gemacht worden. Er muß aber zurücktreten vor der Erwägung, daß die Frauen in der politischen Arbeit eben sind, meist den Frauen und Aufgaben des politischen Gedankenaustausches fremd gegenüberstehen und außerdem als Frauen bestimmte gemeinsame Interessen haben, wie etwa in Berufs- oder Reichstagen.

Die außerordentlich gut besuchte Reichsfrauentagung unter dem Vorsitz von Frau Bassermann bestrich die drei ersten Gebiete des Gemeinschaftslebens, Politik, Recht und Beruf. Die klare und verständnisvolle Weise, mit der die durch die Abgeordnete Dr. Cerund Wolff Aufgaben und Wünsche der berufstätigen Frauen behandelte, zeigte, daß in unserer Partei volles Verständnis für die Lage der erwachsenen Frau besteht und wir nicht etwa nur, wie von manchen Seiten gesagt wurde, eine Partei der "Hausfrauen" sind. Dienen aber den Frauen und Müttern, gelten die feinstimmigen Worte von Dr. Cerund Wolff über die Stellung der Mutter im bürgerlichen Recht. Sie hat wohl den Grundgedanken der politischen Frauenarbeit besonders eingehend in den Worten ausgesprochen, daß die Forderungen der Frauen ihre Forderungen finden müßten an den notwendigen Teilen der Gemeinschaftslebens, daß die vermehrte Selbstständigkeit der Frau und Mutter niemals in einer Lösung, sondern nur zu einer Festigung der Ehe führen dürfe.

Frau Clara Wende fand mit ihren Ausführungen über die Stellung der Frauen der Deutschen Volkspartei zu den nationalen Organisationen ungeteilten Beifall. Das Nationalgefühl, der Stolz auf das Deutschtum, in dem wir uns von keiner andern Partei übertrifft lassen, verlangt uns die Zurückhaltung unsern Gegner gegenüber. Wir müssen uns vorbedenken, daß immer wieder national und international verstandene Frauen vor oder im Ausland im Namen der "Deutschen Frauen" sprechen. — Organisation des Berufslebens, Umgestaltung mancher Rechtsfälle sind wichtige Aufgaben; beidermaßen unserer Frauen vor der weiblichen Welt der Volkspartei eine "Partei des Realismus" nannte, so daß er damit den Grund an, der so viele Frauen zu dieser Partei hinzieht. Deutscher Realismus ist Gestaltung des Lebens nach Wertideen, nicht Einteilung der Ideen auf das Leben; ist Erkenntnis des Willensgebotes, nach dem wir uns richten sollen, nicht nach einem Etwas, das wir erreichen wollen; ist die Überzeugung, daß der Welt es ist, der sich der Mensch hat. Diese Gesinnungsgemeinschaft, aus dem Glauben an die Zukunftsaufgabe des Deutschtums erwachsen, sind immer wieder auf dem Parteitag begeistert und be-

geisterten Ausdruck; den Frauen aber fällt dabei die große Aufgabe zu, die überpersönliche Gemeinschaft im Ideellen stark zu empfinden, zu einem Teil ihres Wesens zu machen und in Tat und Arbeit umzusetzen. Neben aller Anregung, Belehrung und Erhebung, die der dritte Parteitag der Deutschen Volkspartei den Frauen bot, ist dies Erlebnis großer Gemeinsamkeit das wichtigste und wertvollste.

Frauenbildungsprobleme.

Von Paula Kaldewen.

Jeder, der sich mit Erziehungsfragen befaßt, wird zu der Erkenntnis gelangt sein, daß das Problem der Frauenweiterbildung — es war schon in früheren Zeiten nicht ganz einfach — durch den Weltkrieg und seinen unglücklichen Ausgange noch komplizierter und dringender geworden ist. — Der Kunde, der die Schule besucht, weiß von vornherein, daß er einen Lebensberuf ergreifen muß, der ihn auskömmlich ernährt. Wie verhält es sich nun mit dem Mädchen? Niemand vermag vorherzusagen, wie dessen Geschick sich gestalten wird — ob es im Falle des Alleinlebens auf eigenen Füßen angeht oder durch die Heiratung den Beruf als Hausfrau ergreifen wird. Zieht man in Betracht, daß sich für viele die Wahrscheinlichkeit einer Heiratung einmal durch den Verlust von Millionen von jungen Männern u. ferner durch die stetig zunehmende Volkszählung erheblich verringert hat, dann müßte man eigentlich zu dem Ergebnis kommen: Die Erziehung des weiblichen Geschlechts ist so zu gestalten, daß beide Möglichkeiten nicht außer Acht gelassen werden dürfen.

Sind unsere Mädchenbildungsanstalten nun auch auf dieses schwierige Problem eingeleitet? Oder läßt sich diese Frage nicht mit einem einfachen Ja beantworten. Abgesehen von den Volkshochschulen haben wir in Deutschland das Gymnasium — es ist auf zehn Jahre berechnet und gleicht in seinem Ausbau etwa der Realschule der Knaben — und daneben angegliedert ist entweder die Städtische, d. h. die öffentliche Schule des Universitätsstudiums erstelltes, oder das Abendschule mit Seminaranhang, das zum Vorkursstudium vorbereitet oder als Frauenschule eine verallgemeinbare Ausbildung gewährt. In der letzteren wird auch in gewisser Weise auf die Erziehung zur Hausfrau und Mutter Rücksicht genommen, wir dürfen jedoch nicht übersehen, daß die Frauenschule immerhin nur eine Abzweigung der übrigen Bildungsweg ist, daß sie also der Vorbereitung nach Einschreibung in den häuslichen Beruf nicht in vollem Maße gerichtet wird. Die mannigfachen Rufe nach einem "Frauenstudium", die vor dem Krieg aus maßgebenden Kreisen immer wieder laut wurden, betrafen nur zu deutlich, wie viel wichtiger die Ansprüche sind, die man an das hauswirtschaftliche Können unserer jungen Mädchen zu stellen gewillt ist.

Es wäre zweifellos sehr wünschenswert, wenn jene während des Krieges richtenden Bestimmungen bald von neuen aufgenommen würden. Das Frauenstudium oder die "Frauenhochschule" müßte für jedes Mädchen, das die Schule abgelehrt hat, obligatorisch sein, und diese würde Monate hindurch eine theoretische und praktische Ausbildung für den Hausfrauen- und Mutterberuf zu umfassen. Ein reiches Material an Vorarbeiten für diese Vorweisung ist bereits vorhanden, und sicherlich werden die Regierungen den Plan nach Möglichkeit fördern, wenn sie die Gewissheit hätten, daß sie über eine Anzahl von Frauen verfügen könnten, die die gleiche nicht allzu große Erziehung begehren. Solchen Frauenbildungsanstalten vorzuziehen, was man von ihnen fordern müßte, wäre eine allgemeine politische Bildung, praktische Gym und endlich die Fähigkeit, junge Menschen zu lenken und zu leiten. Daß nach heutzutage an den meisten Frauenhochschulen Männer an der Spitze stehen, ist ein Fehler, da die Geschlechter schon seit längerer Zeit klar erkannt haben. Sollen sich die Frauenhochschulen in der Zukunft zu dem entwickeln, was sie unbedingt sein müssen: eine Fortbildungsschule für die gesamte weibliche Jugend, dann darf es natürlich auch keinen Unterschied mehr geben zwischen Anwesenden und Besuchslehrerinnen — sie haben in das gleiche Arbeitsfeld.

Ein der ersten Frauen, die die Forderung nach einem weiblichen Beruf erhoben, war wohl die Frau Clara Wende. Da sie mit vielen andern sich der Tatsache bewußt ist, daß die Voraussetzungen für ein solches ausgebildet noch nicht gegeben sind, schloß sie auf der Reichsfrauentagung des Allgemeinen Deutschen Arbeiterinnenvereins vorläufig folgende Wege vor: 1. Erinnerung der Schulpolitik der Mädchen um ein halbes Jahr, das ausschließlich der hauswirtschaftlichen Praxis bestimmt sein soll. Einrichtung fächerreicher Anstalten nach Art der bürgerlichen Volkshochschulen, die erwachsenen Mädchen mit Volkshochschulbildung Gelegenheit geben, unregelmäßig ein Dienstjahr in der vorerwähnten Form durchzuführen. 2. Erneuerung und Ausbau der landwirtschaftlichen Haushaltungsschulen. — Die aus den höheren Schulen entlassenen Mädchen müßten in die Reihen ihrer Ausbildung selbst treten. Sie müssen vor Eintritt in die Dienstzeit eine hauswirtschaftliche Bildung nachweisen, die sie zu Hause oder in einer hauswirtschaftlichen Anstalt erworben haben. Die Dienstzeit müßte dem 17. und 20. Lebensjahre in der Ausbildung für die soziale Hilfsarbeit ausgefällt. Diese kann sich auf einer gewissen allgemeinen Grundlage hochschulischer (Kleinsten) erfordern, Armenpflege, Krankenpflege usw.). Der obligatorischen Einschreibung der weiblichen Dienstzeit kann für diese Schichten vorgeschrieben werden durch Ausbau der Frauenhochschule.

Unter dem Gesichtswinkel, daß viel mehr Frauen jetzt auf selbständigen Erwerb des Lebensunterhalts angewiesen sind als vor dem Krieg, müssen diesen nun auch die Berufe offen stehen, für die sie sich vorzugsweise eignen. Dazu gehören in erster Linie die spezialisierten und erzieherischen an eigenen Gehalt. Wir müssen die Frau antreiben in Schulamt, am Krankenbett, in den Hospizen und dergl. Auch für die höherste Tätigkeitsstufe die weibliche Jugend durchaus geeignet sein, wenn sich ihre Ausbildung auf Frauen und Mädchen beschränkt. Weltweit ist sogar die Zeit nicht mehr fern, wo wie die Frau im zivilisierten Dienste stehen. Es ist dies eine Frage, die ausschließlich in Einstand zur Beratung steht. Die Wünsche der Höflichkeit streben sich zur Gewohnheit, den weiblichen Hochschulstudien alle geistlichen Ämter anzuverleihen. Es sollen nach Erteilung der Priesterweihe nur Frauen sein, Laienalle vorzunehmen, das Abbruchmal jedoch nicht vorzunehmen dürfen.

Die stetig zunehmende Verarmung unseres Volkes fordert naturgemäß eine erhebliche Vermehrung der sozialen Berufe. Die unregelmäßig in weibliche ärztliche Vorbildung hinein die zahlreichen sozialen Frauenberufe, aus denen dann die Schulärztinnen, Kreisärztinnen, Volkshilfsarbeiterinnen, Hauswirtschaftsleiterinnen, Wohnungsinspektoren usw. hervorgehen, die heute alle noch unendlichen großen und wichtigen Aufgaben haben.

Die neue Zeit, die angebrochen ist, wird gerade auf dem Gebiet der Frauenbildung an das viele Gute anzuknüpfen haben, das in mühsamer Arbeit vor dem Krieg erreicht worden war. Aber etwas bisher nicht genügend Bewerteres mußte hinzu genommen werden: Die Forderung des politischen Gedankens! Gewiß ist das Erlernen der fremden Sprachen von großem weltlichem Wert, aber ebenso wichtig für uns das Erlernen in die Grundformen unseres Volkstums. Jedes heranwachsende Mädchen müßte bekannt sein mit dem bürgerlichen Schrifttum, mit dem bürgerlichen und deutlicher Kultur. Was in andern Ländern in Vorbereitung des Unterrichts steht, das hat bei uns bis jetzt noch immer eine viel nützlichere Bedeutung erfahren. Versuchen wir nie, daß die Frauen, die Mütter und Erzieherinnen des kommenden Geschlechts sind — was sie in der Zukunft tun müssen an Liebe zum Deutschtum, das soll der erste unserm Vaterland zum Segen gereichen.

Politischer Lehrgang für Hausfrauen.

Von Erni Hubert v. Lindelner-Wildau.

Vom 19.—22. November 1920 fand in Berlin ein politischer Lehrgang für Hausfrauen der Deutschen Nationalen Volkspartei statt. Die Vorsitzende des Reichsfrauentages Reichsausschusses für Hausfrauen, Frau Herzl, leitete die verschiedenen Hausfrauen. Sie war erfreut über die zahlreiche Beteiligung und erzielte bei

Verstehenden der Berufsorganisation für Hausfrauen, Frau Bob-Sieh, das Wort

ausgehend von den ältesten Zeiten zeichnete die Rednerin die Entwicklung des Hausfrauenberufes und wies nach, wie er schon in den ältesten Zeiten und noch im Mittelalter als ein Beruf angesehen und bewertet wurde, wie diese Erkenntnis mit der Entwicklung der Volkswirtschaft immer mehr verloren ging. Zweck der Hausfrauen-Organisation ist, diese verlorene Erkenntnis in alle Volksschichten wieder hineinzutragen. In die Hausfrauen von heute werden sehr große Anforderungen gestellt, denn für die Führung ihres Haushaltes nie den Blick für das Volkswirtschaftliche und Politische verlieren.

Der zweite Tag des Lehrganges brachte uns dann die glänzenden Ausführungen des Herrn Reichstagsabgeordneten Dr. Reichert-Deeden über den Reichswirtschaftsrat mit besonderer Berücksichtigung der Hausfrauenfragen.

Im mittelalterlichen Zusammenbau war der Gedanke einer berufständigen Organisation schon enthalten, der auch das Parlament von 1848 beabsichtigte und von Bismarck wieder aufgenommen wurde. 1878 betraf Bismarck eine Anzahl berufstätiger Männer als Berufsvertretung bei Beratung der Frage Schutzzoll oder Freihandel. Der Reichswirtschaftsrat beruht auf demselben Grundgedanken; 1917 tritt zuerst die Idee eines Reichswirtschaftsrates auf. Der Gedanke einer Berufsvertretung nach Maßgabe der berufständigen Gliederung des Volkes ist ausgebaut durch die russischen Sowjets, das heißt die Arbeitervereine. Deutschland nahm diesen Gedanken auf, aber mit Vorbehalt. Die russischen Sowjets legen Gesetzgebung, Verwaltung, wirtschaftliche Exekutive in eine Hand. Der Reichswirtschaftsrat will aber eine Kammer der Wirtschaft sein, neben der Kammer der Politik, neben dem Reichstag. Auf dem Gedanken der gemeinsamen Arbeit von Arbeitgeber und Arbeitnehmer wurde die Arbeitsgemeinschaft gegründet, an deren Spitze als Arbeitgeber Ernst v. Borjst, jetzt Dr. Sorge steht, und als Arbeitnehmer Eugen S. Fredele der freien Gewerkschaften. Der R. W. R. will das demokratische Prinzip durch das aristokratische ersetzen, d. h. seine Mitglieder werden nicht durch Stimmzettel gewählt, sondern ernannt. Die Stellung des Reiches zu seinem Beruf ist das Ausschlaggebende.

Der Redner gab dann eine Zusammenfassung über die zahlenmäßige Vertretung der einzelnen Berufe im R. W. R.

Bei 325 Stimmern sind jetzt den Frauen im ganzen nur 5 Stimmen zugewiesen, und zwar den Hausfrauen 3 Stimmen, also nicht einmal 1 v. H. der Gesamtstimmzahl. Mit dem Wahrspruch an alle Hausfrauen, es sei jetzt ihre Aufgabe, dafür zu sorgen, daß der Hausfrauenberuf als Beruf anerkannt werde und genügend in den Parlamenten vertreten sei, schloß der Redner seine Ausführungen.

Als 2. Referentin durften wir die Stadtvorordnete Frau Niemer, Berlin, begrüßen, die über den Schlichtungsausschuß sprach.

Am 3. Tag des Lehrganges für Hausfrauen der Deutschen Nationalen Volkspartei sprach Frau Direktor Deutsch über die Ausbildung der Hausfrauen. Referentin wies darauf hin, welche hohe Bedeutung der Hausfrau als Hüterin des Familienlebens, als Konsumentin und als Produzentin zukomme. Für diese dreifache Aufgabe muß unsere weibliche Jugend erzogen werden.

Im Anschluß daran sprach Frau Köllmer als sachverständige Hausfrau über die verschiedenen Ausbildungsmöglichkeiten, die unserer heutigen weiblichen Jugend geboten werden. Mit einer ernsten Mahnung über den hauswirtschaftlichen Pflichten in der nationalen und politischen zu vernachlässigen, schloß die Rednerin ihre Ausführungen.

Alkoholfrage u. Frauenarbeit im Osten.

Von Maria Schade, Königsberg i. Pr.

Auf Anregung des "Deutschen Bundes abstinenten Frauen", Ortsgruppe Königsberg, findet, nachdem die Genehmigung der Stadtdeputation erteilt worden ist, in sämtlichen Volks- und Mittelschulen zu Königsberg i. Pr. ein Unterricht über die Schädigungen durch den Alkohol statt. Einen großen Erfolg haben hiermit die Frauen im Osten errungen, einen wichtigen Schritt vorwärts getan zum Wohle des Volkes. Denn durch die Heiligkeit wurde es sich ergeben, daß von 7000 Schulfachern nur 140 noch nie Alkohol gekostet hätten. Weitere Forschungen belehrten über die Wirkungen des Genußes, Auflösung und Leistungsfähigkeit hatten entschieden getilgt, ebenso die sittlichen Begriffe. Und gerade in der heutigen Zeit ist es besonders notwendig, schon im Kindes die Willenskraft zu stärken, damit es zum sittlichen Menschen erwacht, zur festen Stütze der Gesellschaft und des Vaterlandes. Über als wir haben schon andere Länder die Notwendigkeit dieser Belehrung erkannt und den Richterunterricht in den Schulen als obligatorischen Unterrichtsstoff in den Lehrplan eingefügt. So die Vereinigten Staaten von Nordamerika im Jahre 1882, Schweden 1892, Rumänien 1897, Frankreich 1901. Nun kommen wir, aber die deutsche Grundlichkeit, die opferwillige Tätigkeit der Frauen bleibt dafür, daß das Unterrichtsamt zum schönsten Ziele führt. Sind doch gerade die Frauen in ihrer rücksichtslos-lebenden, mütterlichen-jahren Art zu Aufklärungsarbeiten berufen.

Deutsche Frauen in St. Louis.

Einen bezeichnenden Einblick gewährt uns in das Denken und Fühlen der Frauenwelt ein Brief aus St. Louis, den die Präsidentin der "Kunstbienen" geschrieben hat, in dem es heißt: "Die Kunstbienen, nun nur noch ein Häuschen voll Frauen, die sich als noch ein gutes deutsches Theater hier in St. Louis halten konnten, dafür arbeiten, jetzt und während des Krieges wurde das unmöglich. Das Theater sowie alles Deutsche ging seinem Verfall entgegen. Ja wir hatten hier einen schweren Stand. Die Engländer-Herje hat uns traurige Verhältnisse geschaffen. Nur ein kleiner Trupp Getreuer hat sich, da sie nicht mehr für deutsche Kunst ringen können, zur Aufgabe gemacht, nach Kräften im Vaterlande die große Not lindern zu helfen. In St. Louis sowie in fast allen Städten, groß und klein, sind unsere Frauen in engeren sowie größeren Kreisen beschäftigt, ihre Scherlein beizubehalten. Leider, trotz unermüdlichen Arbeitens unermüdet ist es gewiß wie ein Tropfen im Meer. (Die Kunstbienen haben in die Stadt, nach Annaberg, Hamein, Göttingen, Erzgebirge etc. Sendungen geschickt und auch für notwendige Säuglinge Säuglingswäsche an Frei Trippmacher, die eine Reihe armer Mütter des Kreises Mannheim-Land damit versorgen konnte.) Wir wissen, daß der kommende Winter mit der Koblennat und schlechter Verhältnisse unangenehm sein werden bringen wird. Wir wissen auch, daß unser amerikanisches Vaterland viel gut zu machen hat! Ich bin ja Amerikanerin und habe das große Glück gehabt, in Deutschland meine Erziehung zu genießen. Dreizehn Male habe ich bereits das Meer durchfahren und hoffe im Frühling, d. h. sobald ich den Arman drüben kein unnützer Eifer mehr sein werde, persönlich an Ort und Stelle trüben helfen zu können und dann auch Ihnen, liebes Fräulein Trippmacher, in Dankbarkeit die Hände drücken zu dürfen! Ja, der Krieg ist ein böser Geleis, das sehr viel kostet, was hat er aus uns gemacht! Ich bin wunderbar freien Lande gemacht! — nun kommt noch die Prohibition dazu, die alle Fröhlichkeit aus dem schon unermesslichen Boden genommen hat. Vertragen — Heuchelei, Lüge und Trug sind die Folgen. (Sie rup us out at war.) Das Hans Thoma-Buch ist wunderbar und macht bei den Kunstbienen viel Freude. Ich glaube bestimmt, einmal sein Schwarzwaldhaus gesehen zu haben. Herzog, wie sehr Ihr Deutschen doch noch so reich! Lieber Gott, ich danke Dir, daß in Deutschland noch solche Hottentotten wie Hans Thoma leben! Grüßen Sie ihn innigst von uns! Wünsche auch Ihnen alles Gute und Gottes Segen!"

Die dunkle Stunde, deutsches Volk, muß nun bald enden! Mit herzlichem Grüßen Ihre Lottie Bad, Präsidentin der Kunstbienen."

National-Theater Mannheim.

Donnerstag, den 9. Dezember 1920. 12. Vorstell. in dieser Reihe. A für 9. Partee A 17

Uraufführung: **Sieger**

Drei Akte von Paul Hilfsaus. In Szene gesetzt von Hanns Pop. In den Hauptrollen: Jüngling - Rols, Freund - Vogel, Mädchen - Fr. Müller, Kater - Fr. Borch, Anfang 7 Uhr. Ende nach 9 Uhr.

Künstlertheater Apollo.

Heute Donnerstag: Film-Aufnahme

Er ist verrückt

Vorführung der Publikums-Filme und der Schönheits-Konkurrenz. 1. Tag der Preisbestimmung. 6192

CAFÉ CORSO J. 1, 6

HEUTE GROSSER BUNTER ABEND

zu Ehren der abstimmungsberechtigten Oberschlesier und versüßte Künstler-Programme unter Mitwirkung d. beliebigen Kapelle des Herrn Rudi-Rudy Kapellmeister und Komponist. 113950

Odenwaldklub.

Samstag, 11. Dez., Ab. 7 Uhr Hauptversammlung im Klubraum, C 1, 10. 11. 1920. 1. Tagesberichtsbericht 2. Rechnungsablage, 3. Wanderung d. Gehänge, 4. Wahlen, 5. Anträge, 6. Bericht eines 18. Dez. ebenfalls Bericht nachts/feier, 1. Jan. Neujahrswanderung u. Gießberg

Wie bringen ab morgen Freitag den großen Abenteuerfilm **Die Jagd nach dem Tode** I. Teil 5243 **Palast-THEATER**

Ortsverein des Evang. Bundes Zu dem Samstag, den 11. ds. Mts., abends 8 Uhr in den Konfirmandenräumen der Christuskirche stattfindenden **Familienabend** mit Vortrag des Herrn Stadtpfarrers Roth in Rheinau über die Jahre 1920 und 1921 und mit musikalischen Darbietungen (Frau Föhr und Herr und Fräulein Weig) werden die verehr. Mitglieder und Freunde herzlich eingeladen. 14014 **Der Vorstand.**

Ludwigshafen a. Rh. Kleines Bürgerbräu, Bismarckstr. 72 **Morgen Freitag Schlachtfest** ff. Exportier. hell und dunkel, mozt hübsch einl. W. Klog. 14012

Weihnachten • Hotel Müller in Zentralheizung. Baden-Baden. Beste Verpflegung. **Menzenschwand** Hotel und Kurhaus „Adler“ 900 m ü. M. Alpiner Luftkurort und Wintersportplatz. Klimatisch vorzügliche Lage. Für Abgänger. — Billige Preise bei guter Verpflegung. Bahnhofsstation Tilssee. Fernruf: Bernau 4. Besitzer: Richard Müller. 5176

Süßbücklinge Frisch eingetroffen: das Pfund Mt. 0.50, Rife 2.25. — Fluß- und Seefische aller Art zu billigen Tagespreisen. 14048 **Fersch & Hartmann** P. 2, 3 a Tel. 7064.

Vorrätig und nach Maß **Ulster, Paletots und Anzüge** aus guten Stoffen kaufen Sie billig bei **Heinrich Grünhut, Herrenschneiderei, 87, 22** 3 Treppe (Hauptstelle Linie 6, 1 u. 2). Kein Laden.

Richard Kunze, Pelzwarenhaus, Mannheim

N 2, 6, Ecke Paradeplatz Fernsprecher 6534 und 6535 Ecke Paradeplatz, N 2, 6

empfiehlt: **Damen-Pelzmäntel** schicke Formen aus Breitschwanz, Persianer, Nerz, Seal-Bisam, Seal-Kanin

Herrengehpelze, Automäntel u. Sportjoppen mit Nutria-, Seal-, Hamster-, Katzen-, Kaninfutter

Echte Silber-, Kreuz-, Blau- u. Weissfuchse in hervorragend schönen Qualitäten

Stolas, Muffen und Hüte aller Pelzarten in reichhaltiger Auswahl

Spezialist in Skunksen.

Heute! Ende 1 Uhr! Heute! **Fest-Programm der O. W. O.**

In den Räumen des Apollotheaters **Kabarett Rumpelmayer Festprogramm** Einlagen: Toni Spielmann, Lautenvirtuose und Sänger, Geschwister Kaufmann, Musik-Akt usw. Kapelle Totzke verstärkt. Konzertbeginn 8 Uhr. Kabarettbeginn 9 Uhr. 11:30 Uhr im Apollotheater Film-Aufnahme sämtlicher anwesenden Gäste. Der Film wird den Oberschleslern zur dauernden Erinnerung gesendet und am Freitag vorgeführt. — Deutscher, es ist Deine Pflicht, Dich der O.W.O. nicht zu verabschieden. 5142

In letzter Stunde!

In wenigen Tagen soll die Frage zur Entscheidung kommen, die für Mannheim vielleicht die bedeutendste wirtschaftliche Zukunftsaussage sein wird: **Die Linienführung d. projektierten Neckarkanals von Heidelberg nach Mannheim**

Soll die Rheinener- oder „Erdheimer-“ oder „Ladenburger-“ Linie gewählt werden?

Eine vorläufige falsche Entscheidung dieser schwerwiegenden Frage darf nicht erfolgen! Die Mannheimer Bürgerchaft hat ein Recht darauf, hier sich in eigener Sache Gehör zu verschaffen. Um die Möglichkeit hierzu noch in letzter Stunde herbeizuführen, werden deshalb alle **Mannheimer Bürger u. sonst. Interessenten** zu einer

öffentlichen freien Aussprache

am Donnerstag, den 9. Dezember, 7 Uhr abends im großen Saale des Friedrichsparties eingeladen Die Ortsgruppe Mannheim des Reichsbundes Deutscher Technik. Eintrittskarten zu 1 Mk. sind zu haben im Vorverkauf in der Zigarrenhöl, Bremer, D 1, 5 u. im Mannh. Musikhaus, P 7, 14a, sowie an der Abendhalle am Saaleingang. 52460

Billige Schuhwaren

in nur guter Qualität neu eingetroffen **braune Herrenstiefel** in bester Ausführung **schwarze Herrenstiefel** echt Coquevau 3407 **Herren-Lackstiefel** mit Chev.-Einsatz, sehr preiswert **Grosse Auswahl in** Damen-, Mädchen-, Knaben- und Kindersstiefel sowie Damen-Lack und Spangenzohlene. **Alfred Hucker, Gr. Wallstadtstr. 62.**

Reizende Weihnachts-Geschenke

in **Gold- und Silberwaren, Bestecke usw.** Grosser Preisabschlag; auch **Gelegenheitskäufe** sowie **Ankauf von Gold und Brillanten** bei 3340 **Fritz Mast, F 2, 9a** Goldschmied und Juwelier. Bitte auf Hausnummer u. Firma achten!

Damenbart wird elektrolytisch und Garantie ohne Narben entfernt.

Gesichtspflege Entfernung von Mitessern, Pickeln, Warzen, welke und grauer Haut, Sommerpressen, Runzeln, Leberflecken, Nasenrötze etc. **Geschw. Steinwand, P 5, 13.** Fernsprecher 4013. 5114

Plümor

das von allen praktischen Hausfrauen erprobte **Metallputzmittel** ist überall erhältlich. 6170 **Chem. Fabr. Eichengrün G.m.b.H., Ehrenfeld.**

Brennholz

hervorragende Qualität — ganz trocken für alle Zwecke sofort lieferbar. Zum Bezug der rationierten Brennstoffe wie **Kohlen, Koks, Briquets etc.** halten wir uns empfohlen. **Holzkaulen - Speziallieferung.**

Bügler & Co., G. m. b. H.

Kohlenhandlung 6123 Karl Ludwigstr. 28/30. — 7905 Telefon 7740.

Zigaretten-fabrik Lande

Tabakfabrik **Heinr. Jos. du Mont** und **Großhandlung** der Zigaretten-Fabrikate **Batscharl, Garbaty, Waldorf-Astoria, Eckstein, Yenidze, Zuban, Nestor Gianacis** zu Original-Fabrikpreisen nur für Wiederverkäufer. **Jean Fluß, Q 1, 5/6** Fernsprecher 4794

Drucksachen

Druckerei **Dr. Haas, G. m. b. H., E 6, 2.**

Brennholz

Durch guten Einkauf sind wir in der Lage, gute Qualität in **Hart- und Weichholz**

für alle Zwecke in jeder Menge sofort zu liefern. **Verlangen Sie Offerte.**

NB. Hierbei machen wir die Bewohner von Mannheim-Lusenberg und Waldhof darauf aufmerksam, daß wir das ehemalige Lager von der Firma Heiler & Solt nach Dillendorf, 8 neu errichtet haben. Wir empfehlen hier rationiertes Holz auf Roblenmarkt 5. Ferner bitten wir bei Umfahrungen und Anmeldeungen unsere Firma zu beachten. 52520

Prompte Bedienung zugesichert. **Holz- und Kohlenhandlung J. Eldrach** Mannheim. Lager I Postalozzistr. 20. Telefon 3392. Lager II Dillendorfstr. 8.

Großreederei

mit bedeutendem Speditionsbetrieb sucht in Mannheim / Ludwigshafen zwecks gemeinsamer Abwicklung der Transporte **Beteiligung** an bedeutend. Platzgeschäft mit eigenen Anlagen.

Mitteilungen, die streng vertrauliche Behandlung finden, u. A. 8709 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten. 14025

Tannenzapfen

bestes und sparsamstes Anfröhrungs-Material sowie alle Sorten **Brennholz** auf Marke 5 und markenfrei empfiehlt 10098 **Fr. Hoffstaetter** Telefon 551-551 Luisenring 61.

Marabukragen

Straußboa in großer Auswahl **A. Joos, Nods, Q 7, 20.** Telefon 5076. 9

50-60 000 Mk.

an einem realen, gut rentierenden Geschäft **tätig zu beteiligen.** Gef. Zuschriften unter T. K. 5 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten. 52477

Flaschen

Sekt-, Weiß-, Rotwein- u. and. Fl., Papier, Lustran, sowie sämtliche 54 **Metalle u. Eisen** kaufen zu höchst Preis. Bei Bestellung, bit a sich dr. an mich zu wend. **S. Zwickler, G 7, 48.** Telefon 5463

Verloren.

1 weich. Herrenbart hellgrün, von S 6 bis M 1 verloren. Gegen Org. Belohnung **Zweibrücker Hof** Q 4, 6.

Verloren.

Pelzkragen (Stants Tierm.) Weiz-Müllersche, Kugelform, Anlage bis Kuffelhof. Gegen hohe Belohnung abzugeben **Hollstr. 33, 2 St.**

Verloren.

Dobermann-Hündin auf „Buck“ lebend, cub lauten. Gegen hohe Belohnung abzugeben bei **9081 Reilstraße, E 1, 18.**